E&W

Erziehung & Wissenschaft 06/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

SUCHT

Foto: privat

THEO BAUMGÄRTNER

Spiegelbild der Erwachsenen

Die Studien zum Suchtmittelkonsum in Deutschland machen immer wieder deutlich: Gerade junge Menschen zeigen sich in der Phase des Kennenlernens von und Experimentierens mit psychoaktiven Substanzen besonders risikofreudig. Hier werden die Grenzen zwischen Genuss und Missbrauch ausgelotet – und nicht selten überschritten. Auch wenn sich aktuell ein spürbarer Rückgang beim Konsum von Alkohol, Tabak, Cannabis und anderen illegalen Drogen ausmachen lässt, so bleibt es doch dabei, dass der Umgang mit Rauschmitteln in der Lebenswelt vieler Jugendlicher eine funktionale Bedeutung hat: Er symbolisiert in der Übergangsphase vom Kindsein zum Erwachsenen das Bedürfnis und – aus Sicht der jungen Menschen – ihre Fähigkeit, selbstständige, die eigene Person betreffende Entscheidungen zu fällen. Im Rahmen dieses Identitätsfindungsprozesses wird gerade durch den Konsum illegaler Drogen Gruppenzugehörigkeit zu Gleichaltrigen angezeigt und die Möglichkeit eröffnet, Grenzen zu erfahren. Für einen Teil der jungen Konsumentinnen und Konsumenten kann ihr Verhalten aber auch als Versuch interpretiert werden, entwicklungsbedingte Alltagsbelastungen zu bewältigen und damit subjektiv erlebte Defizite zu kompensieren.

Dass sich die meisten Jugendlichen der Gefahren durchaus bewusst sind, die der Rauschmittelkonsum birgt, ist sicher auch ein Erfolg der bisherigen Präventionsbemühungen. Es zeigt sich, dass Informations- und Aufklärungsangebote die jungen Menschen in weiten Teilen erreichen. Im Mittelpunkt solcher eher universellen Vorbeugungsmaßnahmen stehen drei Hauptanliegen: Alternativen zu entwickeln und anzubieten, Perspektiven aufzuzeigen sowie das Selbstbewusstsein zu stärken, um so einen Rahmen zu schaffen, sich in der konsum-, leistungs- und erlebnisorientierten Gesellschaft zurechtzufinden. Wenn aber trotz dieser Bemühungen ein nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen mit Rauschmitteln hantiert, stellt dies keine substanzielle Abweichung von den Verhaltensnormen und Konsumgewohnheiten dar, die in der Erwachsenenwelt gelten, sondern ist allenfalls ein graduell überhöhter Ausdruck dieser Normen und Gewohnheiten.

Es geht hier nicht darum, bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen moralisch zu verteufeln. Es geht lediglich um den Versuch, das zuweilen erstaunte Unverständnis und die weitgehend unbegründeten Hoffnungen der Erwachsenen zu relativieren, dass ausgerechnet das Ausmaß des Umgangs Jugendlicher mit Rauschmitteln von den ansonsten typischen Erscheinungen einer auf Konsum und Wachstum ausgerichteten Gesellschaft unberührt bleiben sollte. Werteorientierte Verhaltensweisen wie Mäßigung, Genuss, Innehalten und Verzicht werden zunehmend durch ein von Kategorien wie Flatrate, all-inclusive, XXL und Obsoleszenz gekennzeichnetes Denken in den Hintergrund gedrängt.

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass solche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Wesentlichen von den Erwachsenen geschaffen werden. Und dass die nachwachsende Generation sich in ihrem Handeln zunächst einmal an dem orientiert, was sie vorfindet. Das bedeutet, dass wir uns, wenn wir den Umgang Jugendlicher mit Suchtmitteln einordnen und bewerten, auf uns selbst und unser Verhalten zurückgeworfen sehen. Vor diesem Hintergrund kann eine auf lange Sicht erfolgreiche Prävention des Drogenmissbrauchs in der nachwachsenden Generation nur dann gelingen, wenn sie auch die grundlegenden Einstellungen der Erwachsenen selbstkritisch mit einbezieht – und dabei deren konkrete Umgangsformen mit den in der Gesellschaft etablierten Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und Medikamente radikal auf den Prüfstand stellt.

Theo Baumgärtner,
Referent der Fachstelle für Suchtfragen SUCHT.HAMBURG gGmbH

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Spiegelbild der Erwachsenen — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Sucht
1. Hamburgs Jugend im Blick: „Ich kiff halt, aber ich hab kein Drogenproblem“ — Seite 6
2. Wie reagieren Schulleitungen? Ziel: Schule als drogenfreier Raum — Seite 10
3. Bildungszentrum Hermann Hesse: „Für viele die letzte Chance“ — Seite 13
4. Interview mit Jens Beismann: Onlinehandel macht Straßendealern Konkurrenz — Seite 16
5. Prävention: „Da war der Kopf, der immer schrie: ‚Dröhn dich weg!‘“ — Seite 18
6. Interview mit Jost Leune: Abhängige nicht kriminalisieren — Seite 20

Schule
1. Privatschulen: Teurer, aber nicht besser — Seite 22
2. Anwärterbezüge im Referendariat: Nicht mal auf Mindestlohnniveau — Seite 30
3. Zu wenig Männer an Grundschulen: Es geht nicht ums Raufen — Seite 41

Bildungspolitik
1. GEW-Kommentar: Wo bleibt der große Wurf? — Seite 24
2. Schulbildung für die Welt von morgen: Alles muss auf den Prüfstand — Seite 25

Jugendhilfe
1. Suchtkranke Eltern: „Die Kinder aus dem Schatten holen“ — Seite 26
2. In der Kita willkommen: „Es ist normal, verschieden zu sein“ — Seite 28

Gesellschaftspolitik
1. Interview mit Saba-Nur Cheema: „Die eigenen Vorurteile bewusst machen“ — Seite 32
2. Fußballfans besuchen Auschwitz: Eindrücke, die im Gedächtnis bleiben — Seite 38
3. 21. DGB-Bundeskongress: Megathema Digitalisierung — Seite 40

Länderserie Fachkräftemangel
Bremen: Schuldenbremse statt Bildungsvorsorge — Seite 34

Hochschule
Neu zusammengesetzter Akkreditierungsrat: Mit Rat. Und Tat? — Seite 37

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Interview mit Prof. Martin zur Nedden: Keine Schulen von gestern bauen — Seite 42

Leserforum — Seite 43

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Schulterschluss gefordert

Die GEW hat am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, von Bund, Ländern und Kommunen einen „Schulterschluss für gute Bildung“ gefordert. „Wir brauchen mehr Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten“, appellierte GEW-Chefin Marlis Tepe während der Kundgebung in Hannover an die Politik. „Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass in den Klassenzimmern der Schimmel die Wände hochkriecht und die Schultoiletten verstopft sind“, betonte Tepe. Es sei daher gut, dass das unsinnige Kooperationsverbot weiter gelockert werden soll. Damit könne der Bund endlich wieder Geld in die Schulen investieren. Für eine gute und vielfältige Bildungslandschaft fehle es derzeit aber außer an Geld an allen Ecken und Enden an qualifiziertem Personal. Zehntausende Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer mehr würden gebraucht als ausgebildet werden, bemängelte Tepe. Die Länder müssten deshalb die Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte in Schulen und Kitas deutlich erhöhen.

Die zentrale Kundgebung des DGB fand unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit!“ in Nürnberg statt. Bundesweit haben sich etwa 340.000 Menschen an den Mai-Aktivitäten beteiligt.

Foto: dpa

Zentrale Mai-Kundgebung des DGB in Nürnberg

Streikrecht-Urteil im Juni

Das Bundesverfassungsgericht verkündet seine mit Spannung erwartete Entscheidung zum Streikverbot für Beamtinnen und Beamte am 12. Juni. E&W wird in der Juli-/August-Ausgabe ausführlich berichten, alle aktuellen Infos finden Sie ab dem 12. Juni auf der GEW-Homepage unter: www.gew.de/beamte. Das Urteil dürfte grundsätzliche Bedeutung für das gesamte System des deutschen Berufsbeamtentums haben. Aus dem Grundgesetz (GG) wird seit Jahrzehnten ein striktes Streikverbot für Beamte abgeleitet. Der Urteilverkündung ging am 17. Januar eine mündliche Verhandlung vor dem Zweiten Senat voraus, in der die Karlsruher Richter das Thema gründlich prüften (s. E&W 2/2018). Die GEW fordert – auch mit Blick auf die europäische Rechtsprechung – das Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte.

A13/E13 für Berliner Grundschullehrkräfte

Die GEW Berlin hat eine lange Tarifauseinandersetzung erfolgreich beendet: Grundschullehrkräfte erhalten zukünftig mehr Geld. Zum 1. August 2019 werden alle voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen höher eingruppiert. Der Landesverband wertet die Entscheidung von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) als „historischen Schritt für eine gerechtere Bezahlung im Bildungswesen“. Das Ergebnis regle viel mehr als nur eine Gehaltserhöhung von rund 500 Euro, sagte GEW-Landesvorsitzende Doreen Siebernik: „Der Aufstieg aller Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 bzw. in die Entgeltgruppe E13 bedeutet die nachhaltige und unumkehrbare Gleichstellung mit den Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und Sekundarschulen.“ Berlin sei das erste Bundesland, in dem der in Stein gemeißelte Grundsatz der ungleichen Bezahlung von Lehrkräften überwunden werde. Rund 5.600 Grundschulpädagoginnen und -pädagogen profitierten von der Neuregelung. Fast 30 Jahre nach dem Mauerfall könnten sich Siebernik zufolge nun endlich auch die Kolleginnen und Kollegen mit DDR-Ausbildung auf Funktionsstellen bewerben. Die GEW Berlin begrüßt zudem, dass „es Bildungssenatorin Scheeres gelungen ist, die Fortbildungsverpflichtung niedrigschwellig zu gestalten“. Berlin ist bislang auch das einzige Bundesland, das Lehrkräfte, die nach dem neuen Lehramt für Grundschulen ausgebildet worden sind, bereits nach E13 bezahlt.

Gutes „Gute-Kita-Gesetz“?

In manch einer Kita mangelt es an vielem: vor allem an Fachkräften (s. S. 34 ff.). Der Bund hat vor, in den nächsten Jahren mehrere Milliarden Euro in die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren. Bis 2021 wolle die Bundesregierung den Ländern dafür 3,5 Milliarden Euro bereitstellen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Das sogenannte „Gute-Kita-Gesetz“ von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) soll unter anderem dazu beitragen, den Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten zu verbessern und Erzieherinnen und Erzieher besser zu qualifizieren. Eltern sollen zudem weniger Gebühren zahlen müssen, Kitas mehr Sprachförderung anbieten können. Die Verteilung der Mittel an die Länder soll sich nach dem jeweiligen Anteil der Kinder, die jünger als sechs Jahre alt sind, richten. Das Kabinett soll das Vorhaben noch vor der Sommerpause auf den Weg bringen. Das „Gute-Kita-Gesetz“ sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Björn Köhler, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe verantwortlich: „Die bereitgestellten Gelder reichen aber bei Weitem nicht aus, um die notwendigen Verbesserungen der Qualität zu finanzieren.“ Deshalb seien auch die Länder gefordert, ihren Teil beizutragen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Mittel tatsächlich in den Einrichtungen ankommen, forderte der GEW-Experte.

Foto: dpa

Franziska Giffey

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie zwei Fahrradtaschen.*

Prämie des Monats Juni:

Zwei Fahrradtaschen

Zwei Fahrradtaschen aus robuster LKW-Plane mit Reißverschluss, Schnellverschluss, einstellbarem Schulter-Trageriemen und zwei Einhängehaken für den Gepäckträger

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Juni 2018/Fahrradtaschen

„Ich kiff halt, aber ich hab

Noch einen Joint rauchen, was ist schon dabei? Es gibt Experten, die vor einer gesellschaftlichen Verharmlosung von Cannabis warnen.

Foto: dpa

kein Drogenproblem“

// Kein Massenphänomen: Drogenkonsum an Schulen in Hamburg. Dennoch ist jeder Fall, in dem das Leben eines jungen Menschen von Cannabis, Ecstasy oder Heroin bestimmt wird, ein Drama. Unterwegs mit einer Streetworkerin und in einer Reha-Klinik für junge Suchtkranke. //

Zwei Polizisten stehen in der Morgensonne am Fuß einer Treppe, die einen weiten Blick auf die Elbe und die Kaianlagen bietet. Die Fenster der angrenzenden Hafenstraßen-Häuser mit ihren graffiti-bunten Wänden sind noch geschlossen, außer den Beamten ist niemand zu sehen. Seit einigen Wochen wachen Uniformierte fast rund um die Uhr an dieser Treppe. Damit versucht die Polizei, die Drogenhändler zu vertreiben, die im Hamburger Viertel St. Pauli ihre Ware verkauften: Hasch, Pillen aller Art, Koks, Speed oder Heroin.
Am oberen Ende der Treppe, jenseits der Straße, erhebt sich der Gitterzaun einer Schule, Kinderstimmen tönen vom Pausenhof. Ist die Nähe zur Drogenszene ein Problem für die Schule? „Nein“, sagt jemand, der es wissen muss. Die Dealer hielten sich vom Zaun fern, Suchtprobleme gebe es nicht. Eine offizielle Auskunft wollte die Schulleitung nicht geben. Aber die Statistiken bestätigen: Illegale Substanzen spielen unter Hamburger Schulkindern keine allzu große Rolle. Doch es gibt Mädchen und Jungen, deren Leben von Hasch, Heroin oder Pillen bestimmt wird – Jugendliche wie Celina* oder Yoshi*.

Die Stadt und die Dealer

Hamburg und die Drogen: Die Stadt ist aufgrund ihrer Lage am Wasser eines der Einfallstore, durch die verbotene Substanzen in die Bundesrepublik eingeschleust werden. Fast vier Tonnen Kokain stellte der Zoll im vergangenen Jahr in der Hansestadt sicher, ein Rekord. Und egal, wie viel Präsenz die Polizei zeigt, sie verdrängt den Straßenverkauf nur, ohne ihn unterbinden zu können. Die Dealer, die bisher an der Treppe neben der Hafenstraße standen, sind auf die andere Seite der Reeperbahn ausgewichen.
Wie oft, welche und in welchem Umfang Kinder und Jugendliche im Schulalter kiffen, spritzen oder schlucken, erfasst regelmäßig die sogenannte SCHULBUS-Studie**. Demnach sind die Jugendlichen im Schnitt 13,5 Jahre alt, wenn sie zum ersten Mal Rauschmittel probieren. Unter den illegalen Substanzen dominiert mit großem Abstand Hasch. Alle anderen Stoffe werden eher ausprobiert als ständig genommen und auch hier nur von einer Minderheit: Weniger als 3 Prozent der Jugendlichen bis 17 Jahre haben schon einmal Ecstasy und Amphetamine probiert, Kokain und „magische“ Pilze kennen keine 2 Prozent, LSD und Methamphetamine weniger als 1 Prozent.

Lehrkräfte unsicher

In der Gesamtbilanz hätten „Hamburgs Schulen kein Problem mit illegalen Drogen“, sagt Anja Bensinger-Stolze, Landesvorsitzende der GEW im Stadtstaat. „Eine sehr erfreuliche Entwicklung.“
Allerdings erklärten die meisten im Rahmen der SCHULBUS-Studie befragten Lehrkräfte, dass sie nicht sicher erkennen könnten, ob Jugendliche unter Drogen stehen. Und längst nicht alle Lehrkräfte sprechen das Thema an, wenn ein Kind betrunken oder bekifft im Unterricht erscheint.
„Wenn ein Kind Drogen nimmt, ist das im Einzelfall immer ein Drama“, sagt Antje Müller, Vorsitzende der Elternkammer Hamburg. Aber auch sie hält Drogenkonsum nicht für ein Massenphänomen. „Außerdem gibt es zum Glück zahlreiche Hilfen und Angebote in den Stadtteilen“, so die Elternvertreterin. „Wir sehen die Schule nicht als die Instanz an, die sich kümmern müsste.“ Eine kleine Unwucht sei, dass die Stadtteilschulen in sogenannten Problemvierteln bei der Suchtprävention vermutlich besser aufgestellt seien als manche Gymnasien in Bezirken mit reicheren Elternhäusern, in denen keine sozialpädagogische Begleitung arbeitet. „Aber wenn wir über Gerechtigkeit und

Foto: Babette Brandenburg

Hamburg: Polizisten schieben in der Nähe der Hafenstraße rund um die Uhr Wache – nicht weit von der Stadtteilschule. Das soll Dealer abschrecken, die ihre Drogen in St. Pauli verkaufen. Diese halten sich vom Schulzaun fern. Die Schule, heißt es, habe kein Drogenproblem.

Verteilung von Ressourcen sprechen, finden wir andere Baustellen vorrangig.“ GEW-Landeschefin Bensinger-Stolze sieht eher neue Süchte auf dem Vormarsch, etwa den ständigen Zwang, aufs Smartphone zu starren, oder Essstörungen. Dass harte Drogen an Anziehungskraft verlieren, hat auch mit gewandelten Werten und Moden zu tun: Die Heroin-Ästhetik ist out, Jugendliche wollen sich auf Instagram gesund, fit und sportlich präsentieren. Dazu passt ein weiterer Rekord-Fund des Hamburger Zolls: 60.000 Einheiten Anabolika und Steroide beschlagnahmten die Beamten im Vorjahr. Die Mittel vergrößern Muskeln, ganz ohne Sport. „Sofa-Steroide“, spottete ein Zöllner.

Celina nahm keine Sofa-Steroide. Sie war zwölf, als sie mit dem Drogenkonsum anfing. Es begann mit Zigaretten und Alkohol, dann kam Cannabis dazu, später Heroin, Kokain und Ecstasy. „Ich habe Sachen verkauft, meine Eltern beklaut, auch deren Sachen verkauft“, sagt die heute 15-Jährige, ein hübsches Mädchen mit langen, kastanienbraunen Haaren. Den Stoff zu besorgen, fiel leicht: „Man kennt die Leute und die Orte.“ Zu vier bis fünf Dealern hatte Celina Kontakt, einen erreichte sie immer. Die Jugendliche sitzt in der Rehaklinik „Come In“, die am Stadtrand von Hamburg in einem villenartigen ehemaligen Ausflugslokal aus Kaisers Zeiten untergebracht ist. Hierher kommen Kinder und Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren, um zu lernen, ohne Drogen zu leben. Und hier lernen sie auch wieder zu lernen. Denn die meisten der Jugendlichen, so auch Celina, sind jahrelang nicht zur Schule gegangen: „Drogen waren wichtiger“, sagt sie.

„Nicht jeder, der regelmäßig kifft oder Ecstasy schluckt, muss stationär behandelt werden“, sagt Oliver Voß-Jeske, Leiter des „Come In“. Wer in eines der Doppelzimmer der Klinik einzieht, hat meist einen harten Weg hinter sich und schleppt einen Rucksack voller Sorgen. Oft gleichen sich die Lebensgeschichten. Psychiater Voß-Jeske nennt Stichworte: Zu Hause gibt es in der Regel nur einen leiblichen Elternteil, wechselnde Partner und Halbgeschwister. Alkohol und Drogen spielen in vielen Familien eine Rolle. Viele der Kinder sind psychisch auffällig, leiden an Depression, Ängsten, Aufmerksamkeitsstörungen, die teils nicht richtig behandelt oder bereits im Grundschulalter mit Medikamenten gedämpft wurden. Gewalt ist ein Thema. Mädchen haben sie häufig als Opfer erlebt, Jungen sind vielfach auch Täter: „Sie treffen sich, nehmen Aufputschmittel, Speed oder Koks und ziehen los, um sich zu prügeln“, beschreibt Voß-Jeske einen aktuellen Trend. Als das „Come In“ vor einem Vierteljahrhundert entstand, wurden Jugendliche eingewiesen, die als Straßenkinder gelebt, Heroin gespritzt und das nötige Geld mit Prostitution verdient hatten. „Diese Gruppe gibt es praktisch nicht mehr“, sagt Voß-Jeske. Typisch sei heute ein Mischkonsum: Cannabis ist die Basis, weitere Substanzen kommen dazu.

Trinken und kiffen

„Drogen spielen eigentlich bei all unseren Klienten eine Rolle“, sagt Benthe Müller, Diplom-Sozialpädagogin und Leiterin der Hamburger Beratungsstelle Off Road Kids, deren weitere Büros in Berlin, Köln und Dortmund liegen. Die Straßenkinder, die sich an Off Road Kids wenden, trinken und kiffen fast alle. Aber es gebe kaum ein Problembewusstsein: „Die meisten sagen: ‚Ich kiff halt, aber ich hab kein Drogenproblem.‘“ Off Road Kids wurde 1993 gegründet, „damit Ausreißer gar nicht erst zu Straßenkindern werden“, sagt Müller. Die Hilfsorganisation, die ohne staatliche Gelder auskommt und sich aus Spenden finanziert, bietet Hilfe ohne Zwang: „Die Jugendlichen müssen selbst etwas wollen.“

Früher saßen ganze Gruppen von Straßenkindern am Bahnhof oder in der Fußgängerzone. Heute kommunizieren auch jugendliche Ausreißer per WhatsApp oder Facebook, viele finden auf diesem Weg auch Schlafplätze. Denn unter freiem Himmel kampieren die wenigsten jungen Leute. Sie sind „Sofahopper“, so heißt auch das Online-Angebot, über das Jugendliche Kontakt zur Beratungsstelle aufnehmen können. Dennoch legt Müller Wert darauf, regelmäßig ihre Runden auf der Straße zu drehen.

Yoshi hockt im Schneidersitz auf einem Trafo-Häuschen am S-Bahnhof Schanzenstraße, der in einem bunten, studentischen Viertel liegt. Yoshi, schlank, gefärbte Haare, Jeans und T-Shirt, lässt ein Plastikeimerchen an einer Schnur vor den Nasen von Passanten pendeln, damit sie Geld einwerfen. Müller schaut zu dem Jugendlichen auf. „Alles in Ordnung, geht es dir gut?“ Sie kennt die

Fotos: Babette Brandenburg

Auch wenn nicht überall sichtbar, das Problem mit der Droge führt zu Brüchen im Leben. Viele scheitern. Wer einen Entzug schafft, dem gibt die Rehaklinik „Come In“ am Stadtrand der Hansestadt wieder Hoffnung.

Gewalt ist ein Thema unter Abhängigen: Die Mädchen haben sie oft als Opfer erlebt, die Jungen sind vielfach auch Täter. Oliver Voß-Jeske, Leiter des „Come In“: „Sie treffen sich, nehmen Aufputschmittel, Speed oder Koks und ziehen los, um sich zu prügeln.“

Jugendlichen seit Jahren, stellt immer wieder dieselben Fragen.
Irgendwann finden viele den Weg in die Beratungsstelle. Mal geht es darum, eine Wohnung zu organisieren, mal um gesundheitliche Probleme, Schulden oder einen Neustart in Lehre oder Schule. Jugendliche, die das Schulalter überschritten haben, schaffen das teilweise über eine Fernschule.
Yoshi braucht an diesem Tag nichts: „Solange ich weiß, wo ich schlafen kann, wenn ich was zu essen und was zu rauchen habe, ist alles okay.“ Ein Regenguss setzt ein, Müller stellt sich zu einer Gruppe Obdachloser, die unter dem Vordach eines Kiosk Schutz gesucht hat.

Schockmoment nötig

Die meisten sind erwachsen, aber auch ein schmaler Jugendlicher steht dabei. Müller schenkt ihm eine Tasche, in der Hygieneartikel und Kondome stecken – „Streetwork plus“ heißt dieses Programm, das von einer Krankenkasse finanziert wird. „Gesundheitsvorsorge wird immer wichtiger“, sagt Müller. „Das begleitet uns in der ganzen Arbeit.“
Um den Weg in eine Therapie zu finden, braucht es häufig einen Schockmoment – wie bei dem jungen Mann, den Müller nahe dem Hauptbahnhof trifft. Er sitzt im Rollstuhl, ein Bein wurde amputiert. Jetzt sei er auf einem guten Weg, meint er. Eine Wohnung sei in Aussicht. Auch Celina erlebte so einen Schockmoment. Bei der Geburtstagsfete einer Freundin brach sie nach einer Überdosis Ecstasy zusammen. „Ich wusste nicht, wo ich war“, erinnert sie sich an das Aufwachen in der geschlossenen Abteilung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig. Ein furchtbares Gefühl der Hilflosigkeit und Schwäche: „Das war nicht geplant gewesen.“ Seit knapp drei Monaten lebt sie im „Come In“. Der Aufenthalt wird meist von der Krankenkasse bezahlt und dauert in der Regel acht Monate. Nach der Zeit will sie nicht zurück nach Hause, aus Angst, in der alten Umgebung wieder mit den Drogen anzufangen. Zwei Ziele hat sie jetzt: den Hauptschulabschluss machen und Fotografin werden. Ihre Kamera war der einzige Wertgegenstand, den sie in ihrer Drogenzeit nicht verkauft hat.
Sozialpädagogin Müller beendet ihre Runde auf der Reeperbahn, einige Hundert Meter weit weg von der Treppe, die immer noch von der Polizei bewacht wird. Auf dem Gehsteig vor einem Sex-Kino sitzt eine Gruppe junger Männer und Frauen. Die Streetworkerin begrüßt eine der Frauen: Sie hat als Obdachlose eine Lehre begonnen, inzwischen eine Wohnung gefunden – ein gutes Ende einer langen Karriere auf der Straße. Aber die Kontakte zu ihren alten Bekannten von der „Platte“ sind geblieben. Die Stimmung in der Gruppe ist gelöst. Einer der Männer dreht einen Joint, der gleich von Hand zu Hand geht.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

***Namen geändert**
****bit.ly/sucht-hamburg-2015**

Hilfe ohne Zwang bietet die Beratungsstelle Off Road Kids: „Drogen spielen eigentlich bei all unseren Klienten eine Rolle“, sagt die Leiterin und Streetworkerin Benthe Müller. Aber das Problembewusstsein fehle.

Ziel: Schule als drogenfreier Raum

// **Was passiert, wenn Schülerinnen und Schüler mit Drogen erwischt werden? Eine Umfrage unter Berliner Schulleitungen.** //

Null-Toleranz-Politik

Miriam Pech, Schulleiterin der Heinz-Brandt-Oberschule, Berlin

Ganz klar: Wenn wir Schülerinnen oder Schüler in der Schule beim Drogenkonsum erwischen, holen wir sofort die Polizei, die im Extremfall einen Drogentest durchführt. Natürlich informieren wir gleich die Eltern. Neulich hat ein Jugendlicher Hasch verteilt. Das ist inakzeptabel. Wir differenzieren deutlich zwischen Eigenkonsum und Weitergabe. Die Schulkonferenz hat sich für einen Schulverweis ausgesprochen, letztlich entscheidet die Schulaufsicht. In diesem Fall hieß das: Der Schüler musste unsere Schule verlassen. In unserer Schulordnung ist eine Null-Toleranz-Politik verankert. Bei der Anmeldung weisen wir Schüler und Eltern darauf hin. Zu Beginn jedes Schuljahres gehen die Kollegen diese Regel mit den Klassen noch mal durch. Von der 7. Klasse an setzen wir auf intensive Prävention:

Foto: privat

Miriam Pech

Aufklärungsworkshops, Anti-Raucher-Parcours, Trainings in Teambildung. Natürlich nehmen manche Schüler trotzdem Drogen, aber nicht auf unserem Gelände. Mir ist ungeheuer wichtig, dass die Schule ein drogenfreier Raum ist. Kinder und Jugendliche entwickeln sich noch, für sie sind Drogen höchst gefährlich. Schwierig finde ich, wenn Eltern ihren Kindern keine klare Haltung zum Cannabiskonsum vermitteln, sondern vielleicht sogar gemeinsam mit ihnen kiffen. Viele Eltern scheinen gar nicht zu sehen, wie wichtig es ist, sich abzugrenzen. In der Schule ist spürbar, dass Hasch gesellschaftlich akzeptabler geworden ist.

Prävention ist Pflicht

Robert Giese, Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule, Berlin Britz

Wenn Drogen im Spiel sind, suchen wir sofort das Gespräch mit den Schülern. Manchmal erwischen wir sie beim Konsum, manchmal fragen ihre besorgten Eltern um Rat, ab und zu kommen Schüler selbst. Zum Beispiel weil sie merken, dass sie durch den Drogenkonsum in der Schule nicht mehr zurechtkommen. Dann sprechen unsere Sozialpädagogen mit ihnen, vermitteln Hilfsangebote in Beratungsstellen.

Manche Schüler wollen keine Hilfe. Sie sagen etwa: „Ich kiffe einmal die Woche, und das soll so bleiben.“ Nun, solange sie es nicht in der Schule tun, können wir daran nichts ändern. Aber wir klären sie präzise über die Folgen auf und informieren ihre Eltern. Wollen sie das ausdrücklich nicht, unterschreiben beide Seiten eine Vereinbarung: Sie verpflichten sich, zu einer Drogenberatung zu gehen, im Gegenzug verzichten wir darauf, die Eltern einzuschalten. Neulich haben wir wieder ein paar Jungs mit geröteten Augen aus dem Unterricht geholt. Sie gestanden schnell: „Wir haben Hasch geraucht.“ Die Eltern mussten sie abholen, am nächsten Tag gab es ein ausführliches Gespräch. Manchmal allerdings bestreiten die Betroffenen alles. Dann sagen wir: „Gut, wir machen uns Sorgen um deine Gesundheit. Wir holen einen Krankenwagen, der dich zur Untersuchung ins Krankenhaus fährt. Deine Eltern müssen die Kosten tragen.“ Spätestens dann packen die meisten aus. Prävention ist bei uns in der 8. Klasse Pflicht, akute Probleme werden

Foto: privat

Robert Giese

im wöchentlichen Klassenrat besprochen. In den vergangenen Jahren ist der Drogenkonsum bei uns spürbar zurückgegangen. Dazu hat sicher die Initiative unserer Elternsprecher beigetragen, die für Eltern Informationsgespräche organisiert haben. Ich vermute, die meisten Jugendlichen fühlen sich in unserer Schule wohl, daher verspüren sie weniger Drang, der Realität zu entfliehen.

Unmittelbar reagieren

Doris Hellmuth, kommissarische Schulleiterin des John-Lennon-Gymnasiums, Berlin Mitte

Wir haben zum Glück sehr selten Probleme mit Drogen, und meist ist es sehr harmlos. Vor einiger Zeit etwa ließ eine Gruppe von 13-, 14-jährigen Jugendlichen eine Flasche Sekt kreisen. Als eine Art Mutprobe. Eine Schulsozialarbeiterin hat das beobachtet. In so einem Fall ist es wichtig, unmittelbar zu

>> **Fortsetzung auf Seite 12**

Jetzt
50 Euro
Startguthaben[1]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
[2] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✔ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✔ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✔ Vorteile für GEW-Mitglieder
  - 50,– Euro Startguthaben[1]
  - Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard zum Bezügekonto

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

>> Fortsetzung von Seite 10

reagieren: Schüler aus dem Unterricht holen, gemeinsame Gespräche mit dem Klassenleiter, Schulsozialarbeitern und einem Mitglied der Schulleitung führen. Was genau ist passiert, worum geht es? Mit den Eltern gibt es spätestens am nächsten Tag ein Gespräch. Auch wenn

Foto: privat

Doris Hellmuth

Sekt natürlich keine harte Droge ist, halten wir es für wichtig, als Schule pädagogisch klar aufzutreten. Die älteren Schüler bekommen sofort Hausverbot, sollten sie mit Drogen erwischt werden, egal was es ist. Ab Klasse 8 gibt es bei uns verschiedene Präventionsprogramme. Aufklärung bringt eine ganze Menge. Zum Glück haben wir intellektuell sehr wache Schüler. Sie sind mit rationalen Argumenten sehr gut zu erreichen. Wenn sie hören, was Drogen in ihrem Kopf anrichten können, winken sie ab. Die intellektuelle Power gefährden? Bloß nicht.

Offener Umgang

Guido Landreh, Schulleiter der Reinhold-Burger-Oberschule, Berlin Pankow

Wer dealt und dabei erwischt wird, bekommt eine Strafanzeige. Wenn wir Schülerinnen und Schüler sehen, die kiffen oder trinken oder unserer Einschätzung nach erkennbar drauf sind, reagieren wir pädagogisch. Reden mit den Eltern, führen Gespräche mit den Jugendlichen, ziehen Experten hinzu und treffen Vereinbarungen. Manche Eltern wiegeln ab und versuchen, ihre Kinder mit wenig aussagekräftigen Schnelltests aus der Apotheke zu rehabilitieren. Andere sind dankbar für unsere Unterstützung. Viele sehen weg. Es wird viel zu viel gelogen, wenn es um Drogen geht. An jeder Berliner Schule sind Drogen erhältlich, da müssen wir uns nichts vormachen. Das Wichtigste ist für mich ein offener Umgang mit dem Thema an der Schule. Wir empfehlen den Eltern: Sprecht mit eurem Kind über Drogen, genauso wie ihr mit ihm über Sex oder Aids reden müsst. Denn eurem Kind werden Drogen angeboten werden, und ihr werdet nicht danebenstehen. Also vorher sachlich aufklären, die Gefahren benennen, ohne zu verteufeln. In unserer Schule tun wir das zum Beispiel in den Klassenleiterstunden, wenn möglich unterstützt von einem Tandem Drogenberatung und Polizei. Doch besser als mit Theorie lassen sich unsere Schüler mit Geschichten erreichen. Wenn etwa ehemalige Drogenabhängige von ihren Erlebnissen erzählen oder ein Spielfilm die Folgen

Foto: privat

Guido Landreh

von Drogensucht ohne erhobenen Zeigefinger anschaulich macht, berührt sie das emotional – und verändert wirklich etwas.

Verantwortung übertragen

Juliane Westphal, Schulleiterin Sophie-Scholl-Oberschule, Berlin Schöneberg

Unsere Schule liegt direkt neben dem Kleistpark, er war lange ein Hotspot für Marihuana-Dealer im Kiez. In dieser Zeit war tatsächlich Kiffen bei uns häufig ein Thema. Seit fünf Jahren aber ist der Drogenkonsum massiv zurückgegangen. Das hat zwei Gründe: Wir haben bei uns eine Drogenbeauftragte, und alle Schülerinnen und Schüler nehmen an Aufklärungsworkshops teil. Außerdem

Foto: privat

Juliane Westphal

hat eine stärkere Polizeipräsenz im Park viele Dealer vertrieben. Wenn doch mal ein Jugendlicher bekifft in den Unterricht kommt, setzen wir uns sofort zu pädagogischen Gesprächen zusammen: mit dem Schüler oder der Schülerin, den Eltern, dem Schulpsychologischen Dienst und dem Klassenleitungsteam. Wichtig ist uns die Ursachenforschung: Warum greift jemand zu Drogen, stimmt etwas zu Hause oder in der Schule nicht? Genauso würden wir verfahren, wenn ein Schüler in der Schule selbst kifft. Vorgekommen ist das bisher nicht. Wird gedealt, schalten wir dagegen sofort die Polizei ein und erstatten Anzeige. Vom Unterricht suspendieren oder gar von der Schule verweisen würden wir niemanden. Damit wird dem Schüler oder der Schülerin ja nicht geholfen. Also gehen wir wieder ins Gespräch, vermitteln gegebenenfalls eine Therapie. Passiert ist das schon lange nicht mehr. Während der Mottowoche in der Abiturphase betrinken sich die Jugendlichen oft, besonders vor dem Schulgebäude. In diesem Jahr haben wir sie daher vor die Alternative gestellt: Entweder die Mottowoche findet nur noch während der Klausurzeit statt, oder ihr sorgt selbst dafür, dass null Alkohol im Spiel ist. Das hat tadellos geklappt. Uns hat es bewiesen, dass für uns die beste Strategie gegen Drogen heißt: offen mit den Schülern reden und ihnen Verantwortung übertragen.

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin

„Für viele die letzte Chance“

Foto: Christoph Boeckheler

„Sucht ist eine chronische Krankheit“, sagt Jan Große, Schulleiter am Bildungszentrum Hermann Hesse in Frankfurt am Main. Aber: „Jeder Tag, den jemand zur Schule kommt und suchtmittelfrei lebt, ist ein Gewinn.“

// Drogensucht, Kriminalität, Prostitution: Viele Schülerinnen und Schüler des Bildungszentrums Hermann Hesse haben schon eine Menge hinter sich. In der Schule in Frankfurt am Main können sie ihren Schulabschluss nachholen. Kleine Klassen und Sozialarbeit sorgen für Erfolg. //

Früher hat Djago* morgens die Kaffeemaschine angeschaltet und dabei erst einmal einen „fetten Joint“ gebaut. Jahrelang habe er jeden Tag „massenweise“ gekifft und Kokain gezogen, berichtet der 34-Jährige mit Bomberjacke und Baseballkappe. In die Schule sei er schon ab der 5. Klasse nicht mehr gegangen. „Ich habe Schule gehasst, schon immer. Dort wird man schnell in eine Schublade gesteckt.“ Lieber hing er auf der Straße rum, dealte mit Drogen, drehte krumme Dinger. Mit 17 Jahren landete Djago zum ersten Mal im Gefängnis, danach immer wieder – mal ein paar Monate, mal ein paar Jahre. Jetzt steht er kurz vor dem Hauptschulabschluss. „Für mich ist klar, dass ich das durchziehen will“, sagt Djago. „Chillen kann ich danach immer noch.“

Das Bildungszentrum Hermann Hesse (BZH) in Frankfurt am Main macht möglich, was anderswo nahezu undenkbar erscheint. Die Schule richtet sich an junge Menschen mit Sucht-, aber auch anderen Problemen. Vom Jugendlichen, der wegen Cannabis vom Gymnasium geflogen ist, über die alleinerziehende Mutter, die als Prostituierte gearbeitet hat, bis hin zum älteren Ex-Knacki auf Bewährung: Am BZH im Stadtteil Sachsenhausen können alle ihren Haupt- oder Realschulabschluss nachholen – und sogar Abitur machen. „Das macht unsere Schule deutschlandweit einzigartig“, betont Schulleiter Jan Große. Träger der Einrichtung ist der Jugendberatung und Jugendhilfe e. V. in Frankfurt. Das Schulgeld von rund zwölf Euro pro Tag übernehmen in der Regel das Jugendamt oder der Sozialhilfeträger. Von den 100 Schülerinnen und Schülern, die

DG|SUCHT Deutsche Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V.
dg sps Deutsche Gesellschaft für Suchtpsychologie e.V.

DEUTSCHER SUCHTKONGRESS ’18 HAMBURG
17.09. – 19.09.2018

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
www.deutschersuchtkongress.de

Kongresspräsident
Prof. Dr. Rainer Thomasius

KONGRESSTHEMEN
- Erforschung, Therapie und Betreuung von suchtgefährdeten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Neue Konsum- und Suchtformen
- Suchtstörungen durch soziale Medien
- Versorgungsforschung und Versorgungspraxis

Kongressbüro
CPO HANSER SERVICE | sucht2018@cpo-hanser.de

Wir geben Halt!
Anonym, kostenlos,
365 Tage im Jahr.

Jugend Notmail

Auf dem Programm des Mathelehrers Andreas Weber stehen quadratische Funktionen. Nicht alle verstehen die Berechnungsmethode sofort. Also sagt Weber: „Alles noch mal von vorn." Es komme darauf an, jeden mitzunehmen.

Fotos: Christoph Boeckheler

an anderen Schulen längst gescheitert waren, machen hier jedes Jahr etwa 30 ihren Abschluss. „Für viele sind wir wirklich die letzte Chance", so Große.

„Jeder Tag ist ein Gewinn"

Voraussetzung für die Aufnahme am Bildungszentrum ist: keine Drogen mehr zu nehmen. Oder zumindest den Willen dazu zu haben. Die Lehrkräfte wissen aus Erfahrung, dass Drogenkonsum die Aussicht auf einen Abschluss dramatisch senkt. „Irgendwann bekommt man beides nicht mehr unter einen Hut." Doch an der Schule gibt es für jeden eine zweite, dritte oder vierte Chance. Viele kommen nach einem Entzug oder einer Therapie wieder. Aber klar ist auch: Nicht alle schaffen den Absprung. „Sucht ist eine chronische Krankheit", sagt Große. Eine ehemalige Schülerin, die sogar ihr Abi geschafft hat, sah er später wieder im Bahnhofsviertel rumlungern. Das tut weh. Aber: „Jeder Tag, den jemand zur Schule kommt und suchtmittelfrei lebt, ist ein Gewinn."

Das BZH setzt stark auf Schulsozialarbeit. Jeder bekommt einen festen Ansprechpartner zugewiesen. „Wir kümmern uns um alle Belange rund um die Schule und darüber hinaus", sagt der Koordinator der Schulsozialarbeit, Uwe Heilmann-Geideck. Alle Schülerinnen und Schüler haben regelmäßig Einzelgespräche. Egal, ob Wohnungssuche, Schulden oder Liebeskummer: Die Sozialarbeiter haben jederzeit ein offenes Ohr, vermitteln bei Bedarf an Fachstellen. Wenn jemand länger nicht im Unterricht auftaucht, telefonieren sie hinterher. Zur Not jeden Tag. Oft springt nur die Mailbox an. „Aber wir bleiben dran", betont Heilmann-Geideck. „Wir versuchen, den Kontakt nicht abreißen zu lassen."

Das Bildungszentrum Hermann Hesse setzt auf Schulsozialarbeit. Wenn jemand länger nicht im Unterricht auftaucht, „bleiben wir dran", sagt Koordinator Uwe Heilmann-Geideck.

Das A und O in der Schule sind die kleinen Lerngruppen, da sind sich alle einig. In jeder Klasse sitzen im Schnitt acht Schülerinnen und Schüler – wenn alle da sind, was so gut wie nie vorkommt. „Die kleinen Klassen sind super“, sagt Djago. „Der Lehrer hat dich voll im Blick. Du kannst überhaupt nichts anderes machen. Das schweißt total zusammen, alle helfen sich gegenseitig.“ Deutschlehrerin Alice Amberg verteilt zu einem Thema verschiedene Aufgaben und guckt allen Schülern einzeln über die Schulter. „Bei acht Leuten kommt man gut rum“, sagt Amberg. Entscheidend ist ihrer Meinung nach vor allem die Beziehungsarbeit. Viele der meist jungen Menschen hätten eine schlimme Zeit durchgemacht. Umso wichtiger sei ein respektvoller Umgang.

Ein Blick ins Klassenzimmer zeigt, was an dieser Schule anders läuft: Mathelehrer Andreas Weber, ein kräftiger Mann mit Jeans und Kapuzenpulli, zeichnet quadratische Funktionen an die Tafel. Fünf Jungs – zum Teil mit Tattoo und Piercing – versuchen, die Punkte auf der Symmetrieachse auszurechnen. „Alles klar?“, fragt der Lehrer. Hakan* schüttelt den Kopf: „Ich verstehe nur Bahnhof.“ – „Okay“, erwidert Weber gut gelaunt. „Alles noch mal von vorn.“ Er malt eine Welle an die Tafel, wendet sich an Ben*. „Du warst doch in der 11. Klasse. Hast du sowas schon mal gesehen?“ Der Schüler lacht heiser: „Das ist zehn Jahre her.“ Schritt für Schritt erklärt der Lehrer alles erneut: „Gibt es noch Fragen dazu?“ Hakan nickt: „Ja! Es ist, als würdest du eine andere Sprache sprechen.“ Weber lässt die Kreide fallen, lacht: „Alles gut.“ Und beginnt noch einmal von vorne. So oft wie nötig. „Es kann sein, dass es für manche langweilig ist“, so Weber. „Aber es kommt darauf an, jeden hier mitzunehmen.“

Tim*, 20, kommt im Unterricht gut mit. Bis zur Oberstufe sei er ein Leistungsschüler gewesen, berichtet der junge Mann mit den blon-

„Wenn man kifft, ist einem vieles egal“, sagt Tim*. „Man stumpft komplett ab.“

den Stoppelhaaren. Das änderte sich schlagartig: Der Teenager geriet an die falschen Freunde, fing an zu kiffen, schwänzte die meiste Zeit. „Wenn man kifft, ist einem vieles egal“, sagt Tim. „Man stumpft komplett ab.“ Er wiederholte zweimal die 11. Klasse, beging einen Raubüberfall und wurde auf Bewährung verurteilt. Nach Drogenentzug und Therapie lebt er jetzt in einer Wohngruppe in Frankfurt, weit weg von Zuhause – und wagt einen neuen Anlauf. „Ich bin sehr froh, dass ich hier bin“, betont Tim. Djago gesteht: „Wenn ich ehrlich bin, gehe ich immer noch nicht gern zur Schule. Aber hier ist jeder einzelne Lehrer mit Herzblut dabei.“ Er kenne keinen anderen Ort, so der 34-Jährige, an dem die Schülerinnen und Schüler so viel Hilfe bekämen – selbst wenn sie rückfällig würden.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Namen der Schüler geändert**

Bildungszentrum Hermann Hesse: bit.ly/drogenberatung-hesse-ffm

Onlinehandel macht Straßendealern Konkurrenz

// Im Internet sind Drogen relativ leicht verfügbar. Bestellt wird bequem per Mausklick, die Lieferung erfolgt mit der Post. Der Online-Drogenhandel, so Jens Beismann, Leiter der Pressestelle des Bundeskriminalamts (BKA), gewinne zunehmend an Bedeutung. //

E&W: Der Onlinehandel mit Drogen boomt. Das kann man den Bundeslagebildern „Rauschgift“ des BKA der vergangenen Jahre entnehmen.

Jens Beismann: Der Handel mit illegalen Waren im Internet hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das gilt sowohl für den allgemein zugänglichen Teil des Webs als auch das sogenannte Darknet. Insbesondere in diesem auf Anonymität bedachten Teil des Netzes werden alle Arten illegaler Waren zum Verkauf angeboten. Studien zeigen, dass es sich bei zwei Dritteln aller Angebote um Betäubungsmittel handelt – daher kann man hier durchaus von einem Boom sprechen.

E&W: Wie geht die Polizei dagegen vor?

Beismann: Wie in allen Bereichen der Kriminalität ist auch der Drogenhandel international organisiert und zunehmend durch das Internet geprägt. Das bedeutet, dass wir auch im Netz verstärkt ermitteln. Zudem entwickeln wir aber auch unsere polizeilichen Kompetenzen im digitalen Raum kontinuierlich fort, denn es gilt, mit den Straftätern auf Augenhöhe zu sein. Dazu gehört beispielsweise die geplante Einstellung von „Cybercops“, Absolventen aus dem IT-Bereich, die im BKA zu Polizisten ausgebildet werden.

E&W: Im Bundeslagebild Rauschgift 2016 steht bei Rauschgifthandelsdelikten ein Plus von 25 Prozent bei Ecstasy und 18 Prozent bei Kokain. Das klingt dramatisch. Bedeuten diese Zahlen, dass tatsächlich der Konsum angestiegen ist, oder hat der polizeiliche Ermittlungsdruck zugenommen?

Foto: Pressestelle des BKA

Jens Beismann

Beismann: Drogenhandel ist für Kriminelle ein überaus lukratives Geschäft. Mit dem Verkauf von Drogen können hohe Gewinne erzielt werden, weshalb der Handel mit Rauschgift auch ein Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität und damit ein wichtiges Thema für die Strafverfolgungsbehörden ist. Statistische Entwicklungen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität, etwa die Zunahme von Handelsdelikten, sind immer auch mit dem Kontrolldruck der Strafverfolgungsbehörden verbunden. Der überwiegende Anteil der polizeilichen Erkenntnisse zu diesem Phänomen wird durch die von den Strafverfolgungsbehörden durchgeführten Kontroll- und Strafverfolgungsmaßnahmen gewonnen.

E&W: Welche Delikte außer beispielsweise Handel und Konsum gibt es noch in Zusammenhang mit Rauschgift?

Beismann: Neben den Handels- und konsumnahen Delikten, wozu unter anderem Schmuggel, illegale Einfuhr, Besitz, Erwerb und Abgabe von Betäubungsmitteln gehören, gibt es die sogenannten sonstigen Verstöße. Hierzu zählen etwa der illegale Anbau von Betäubungsmitteln, die Bereitstellung von Geldmitteln oder ähnlichen Vermögensgegenständen, die Werbung für Betäubungsmittel sowie die illegale Verschreibung und Verabreichung durch Ärzte.

E&W: Welche Rolle spielt der Onlinehandel mit Rauschgift bezogen auf das Gesamtvolumen beim Handel mit Drogen?

Beismann: In Deutschland hat sich der Handel mit Rauschgift im Internet als ergänzender Vertriebsweg zum klassischen Handel stetig weiterentwickelt und organisiert. Trotz seines vergleichsweise geringen Anteils an der Gesamtzahl der Handelsdelikte ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Onlinehandels auch weiter zunehmen wird. Denn das Internet ermöglicht einen schnellen Austausch, bietet Instrumente zur Anonymisierung und Verschlüsselung der Kommunikation und ist jederzeit über Grenzen hinweg verfügbar.

E&W: Was bedeutet das konkret? Handeln im Netz nur „kleine Fische“?

Beismann: Nein, das sicher nicht. Allerdings werden die Drogen zumeist in Kleinstmengen an den Endverbraucher abgegeben. Daneben gibt es aber auch sogenannte „Top-Vendoren“. Das sind Rauschgifthändler, die sich für den Drogenverkauf teilweise organisierter Strukturen bedienen und dabei enorme Gewinne erzielen.

E&W: Haben Sie Bespiele?

Beismann: Im April 2017 kam es zu drei Festnahmen in Berlin. Die Beschuldigten werden verdächtigt, arbeitsteilig seit September 2012 über verschiedene Internet-Handelsplattformen im Darknet Handel mit Kokain, Cannabis und MDMA (Ecstasy, Anm. d. Red.) betrieben zu haben. Sie sollen in mehr als

20.500 Fällen Betäubungsmittel über das Darknet verkauft und hierbei einen Verkaufserlös von mindestens 2,3 Millionen Euro erzielt haben.

Ein zweites Beispiel: Im November 2017 wurden ein 29-jähriger deutscher Rauschgifthändler mit Wohnsitz in den Niederlanden sowie sieben seiner Großabnehmer festgenommen. Der Hauptbeschuldigte hatte in großem Umfang auf mehreren Darknet-Marktplätzen gleichzeitig agiert. Durch die polizeilichen Maßnahmen wurden über 70 Kilogramm Betäubungsmittel sowie erhebliche Mengen Bargeld sichergestellt.

E&W: Was sind mögliche Erklärungen für die zunehmende Verlagerung des Straßenhandels hin zum Onlinehandel?

Beismann: Sicherlich gibt es hierfür verschiedene Erklärungsansätze. Zum einen macht das Internet Drogen noch leichter verfügbar. Deren Bestellung im Netz ist bequem, eine Lieferung erfolgt per Post gewissermaßen frei Haus. Zum anderen dürfte auch die vermeintliche Anonymität insbesondere des Darknets für potenzielle Kunden ein wichtiger Aspekt sein. Man muss für den Kauf seiner Drogen nicht mehr die zumeist polizeilich bekannten Szenetreffs aufsuchen, was das Entdeckungsrisiko deutlich reduziert. Und auch die Hemmschwelle, sich mit zwielichtigen Personen in dunklen Bahnhofsecken treffen zu müssen, ist sicherlich deutlich höher als die beim Drogenkauf per Mausklick im Internet.

E&W: Verdrängt der Onlinehandel den Straßendealer?

Beismann: Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen dürfte sich der Onlinehandel mit Rauschgift weiter etablieren und in Konkurrenz zum klassischen Straßenhandel treten. Ob es irgendwann zu einer dauerhaften Verdrängung kommen wird, ist derzeit jedoch nicht prognostizierbar. Aber: Wir haben den Vertriebsweg über das Internet weiterhin fest im Blick und gehen sowohl in der analogen wie auch der digitalen Welt gegen den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln vor.

E&W: Wer beschafft sich Betäubungsmittel im Internet?

Beismann: Studien zufolge handelt es sich bei den typischen Kunden um junge Männer im Alter zwischen 21 und 25 Jahren. Unsere Ermittlungen zeigen uns, dass die Konsumenten aus allen Teilen der Gesellschaft stammen und jede Altersgruppe vertreten ist. Es gibt Kinder, die konsumieren, genauso wie Hausfrauen oder Banker. Deshalb ist neben der Strafverfolgung auch die Aufklärung über die Gefahren, die von Drogen ausgehen, wichtig.

Interview: Jörg Meyer,
freier Journalist

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

„Da war der Kopf, der immer schrie: ‚Dröhn dich weg!'"

Wie konsumieren Jugendliche Cannabis – gelegentlich oder regelmäßig und hochdosiert mit Hilfsmitteln wie der Bong?

Foto: dpa

// Raus aus den Drogen: Was kann Schule tun? Wie sieht Präventionsarbeit aus? Fallbeispiele aus Nordrhein-Westfalen (NRW) //

An diesen 17-jährigen Schüler kann sie sich deutlich erinnern: „Er kam oft mit roten Augen, wirkte müde und apathisch", erzählt die Lehrerin eines Dortmunder Gymnasiums. „Ich hab ihn dann angesprochen." Immer wieder. Sie erfuhr schließlich, dass er kiffte, regelmäßig Alkohol trank und chemische Drogen probierte. „Eine Kollegin schaltete die Mutter ein." Es folgte ein Besuch bei einer Beratungsstelle in Recklinghausen. „Schließlich war der Schüler so weit, dass er sagte: Ich will da raus." Der junge Mann habe einen stationären Entzug gemacht. Heute stehe er kurz vor dem Abitur.

„Solche Fälle haben wir ein-, zweimal pro Woche. Mindestens." Björn Sailler ist Sozialarbeiter und Suchttherapeut bei Feedback*. Die Dortmunder Einrichtung berät Jugendliche, Eltern, Schulsozialarbeiter und Lehrkräfte, wenn es um Sucht und Prävention geht. Jeder Fall müsse individuell gesehen werden, betont der 42-Jährige. „Manche machen ihren Schulabschluss, obwohl sie jeden Tag kiffen." Andere brechen die Schule ab. Wer bereits mit zwölf Jahren begonnen habe, Haschisch oder Marihuana zu konsumieren, „dem fällt es mit 16 oder 17 oft schwer, persönliche Ziele zu verfolgen", warnt Sailler.

Für die Präventionsarbeit an Dortmunder Schulen bietet Feedback die Unterrichtseinheit „Check it!" an. Diese richtet sich an die Jahrgangsstufen 8 bis 12. Sechs Bausteine für jeweils 90 Minuten behandeln Themen wie „Risiken von Suchtmitteln" oder „Wo sind die gesetzlichen Grenzen?". Auch ein Besuch in der Dortmunder Drogenberatungsstelle DROBS, zu der Feedback gehört, steht auf dem Programm. Das soll Schwellenängste beseitigen. „Die Schülerinnen und Schüler haben dann schon mal unser Gesicht gesehen", sagt Sailler.

Blei, Schuhcreme, Vogelsand

Wer „Check it!" einsetzen will, absolviert bei Feedback eine vierstündige Ausbildung. Lehrkräfte und schulsozialpädagogisches Fachpersonal haben auch die Möglichkeit, einen Methodenkoffer zur Cannabis-Prävention auszuleihen. Mit reichlich Material, um mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Im Koffer sind etwa kleine Glasdöschen, die Henna, Blei, Schuhcreme oder Vogelsand enthalten – Substanzen, mit denen Dealer gerne ihre Ware strecken. Die Mädchen und Jungen müssen dann herausfinden, ob Vogelsand und Blei eher im Haschisch zu finden ist – oder in Marihuana. Ähnliche Methodenkoffer gibt es auch zu Alkohol und Glücksspiel. Laut nordrhein-westfälischem Schulministerium gibt es in allen Sekundarschulen des Landes Beraterinnen und Berater für Suchtvorbeugung. Diese werden jeweils vom Lehrerkollegium beauftragt. Die Qualifizierung findet in Arbeitskreisen statt, die meist eineinhalb bis zwei Jahre laufen und bei den Schulämtern angesiedelt sind. An jedem Arbeitskreis nehmen 15 bis 20 Lehrkräfte teil, betreut durch Moderatorinnen und Moderatoren. Das Bildungsportal NRW listet noch weitere Fortbildungsangebote, beispielsweise eine „Qualifizierung Suchtvorbeugung" der Drogenhilfe Köln**: Diese besteht aus sechs Modulen, die jeweils eineinhalb Tage dauern. Modul 3 etwa behandelt „Drogenspezifische und Lebenskompetenz fördernde Methoden und Projekte".

Mülheim an der Ruhr. Hier sitzt die ginko-Stiftung für Prävention***. Zu ihren Angeboten gehört eine dreitägige Fortbildung namens MOVE („motivierende Kurzintervention"). Vermittelt werden unter anderem Gesprächsführungsstrategien, um Menschen zu motivieren, die „ein ungesund-ungünstiges Verhalten" leben. Die Stadt Dortmund bietet allen Dortmunder Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern an, kostenlos an MOVE teilzunehmen. Markus Opgen-Rhein hat das Angebot genutzt: „MOVE ermöglicht mir, den Standpunkt eines konsumierenden Jugendlichen viel differenzierter wahrzunehmen", so der 49-Jährige. Wie handelt er, wenn er erfährt, dass ein Schüler Drogen kon-

sumiert? „Mich interessiert: Wann hat er angefangen? Wie sieht sein soziales Umfeld aus?“ Wichtig sei auch, wie der Jugendliche Cannabis konsumiert. „Raucht er gelegentlich einen Joint oder konsumiert er regelmäßig und hochdosiert mit Hilfsmitteln wie der Bong?“ Die Bong ist eine Art Wasserpfeife.

Opgen-Rhein sieht Schulsozialarbeit als gute Ergänzung zu dem, was Lehrkräfte leisten. „Lehrerinnen und Lehrer müssen teilweise anders handeln“, sagt er. Etwa wenn die Schülerin oder der Schüler viele Fehlstunden angesammelt hat. „Dann greifen diverse Maßnahmen, vom pädagogischen Gespräch bis hin zum schriftlichen Verweis und zum Bußgeldverfahren.“ Schulsozialarbeit hingegen schaffe „einen sanktionsfreien Raum“, betont er. „Wir können ganz auf das Gespräch setzen.“

Ältere beraten Jüngere

Die Präventionsarbeit nicht nur Lehrkräften zu überlassen, darauf setzt auch das Kölner Gymnasium Kreuzgasse. Jedes Jahr veranstaltet die Schule eine „Suchtpräventionsfahrt“ für die 8. Klassen. Drei Tage lang geht es in die Eifel, vor allem zum Spielen und Klettern im Hochseilgarten. Das Besondere: Auch sogenannte „Peers“ fahren mit – ältere Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, die sich den 13- und 14-Jährigen als Ansprechpartner bei Suchtfragen anbieten. Wer sich als Peer engagieren will, absolviert eine Fortbildung der Drogenhilfe Köln. Während der Präventionsfahrt organisieren die ehrenamtlichen Schülerberater Gesprächsgruppen, „zum Beispiel zu Rauchen, Shisha und Cannabis“, sagt Nele, eine der Peers. Die Älteren führen außerdem mit jedem Achtklässler ein Einzelgespräch. Und was sagen die jüngeren Schülerinnen und Schüler? „Die fragen: Was hast du denn für Erfahrungen mit Drogen oder mit Alkohol?“, berichtet Max, ebenfalls Peer. „Wir können dann klar sagen, wie wir uns fühlen, wenn wir Alkohol getrunken haben“, so Max. Vorteil des Konzepts: „Jüngere Schülerinnen und Schüler sprechen lieber mit älteren als mit Lehrern“, erklärt Nele. 13- und 14-Jährige fürchteten Nachteile, wenn sie sich einer Lehrkraft anvertrauen. Oder sie hätten Angst, dass die Eltern informiert werden.

Die 17-Jährige berichtet, dass sie auf einer Fahrt von einer Schülerin angesprochen wurde. „Die wollte wissen, was Depressionen sind.“ Sie habe dann eine Lehrerin informiert – ohne den Namen der Schülerin zu nennen. Nach dem Gespräch mit der Lehrkraft habe sie der Schülerin Telefonnummern von professionellen Beratern gegeben. „Depression kann Auslöser für Süchte sein“, erläutert Lehrerin Antje Heinemeyer, die zum Präventionsteam am Gymnasium Kreuzgasse gehört. Daniela Gast, die stellvertretende Schulleiterin, ergänzt: Es sei wichtig, „dass auch die Peers jemanden haben, den sie ansprechen können“.

Zurück nach Dortmund. Wir treffen einen Mann, der beim Präventionsprogramm „Check it!“ ebenfalls eine Rolle spielt: Robert Rutkowski. Er wirkt kerngesund, breite Schultern, offenes Gesicht. Doch wenn der 55-Jährige vor einer Schulklasse steht, dann sagt er: „Ich bin drogenabhängig. Ich konsumiere nur nicht mehr.“ Er berichtet den Siebtklässlern: Mit 14 Jahren rauchte er den ersten Joint. Nach sechs Monaten habe er täglich gekifft. „Da war der Kopf, der immer schrie: ‚Dröhn dich weg! Mach, mach, mach!‘“ Später kamen LSD und Kokain dazu. Doch Cannabis sei die Hauptdroge gewesen – 25 Jahre lang. Er erzählt den Jugendlichen, wie er damals andere Menschen ausgenutzt habe. „Drogenabhängigkeit und Freundschaften, das geht nicht“, sagt Rutkowski. Er erklärt den Schülerinnen und Schülern, „woran ihr selber erkennt, dass es problematisch wird“. Seine Geschichte könne helfen, „sich gegen das Konsumieren zu entscheiden“. Bis zu sechsmal pro Monat spricht er in Dortmunder Schulen, auch an Berufskollegs und Förderschulen. Henry Godglück, Schulleiter der Gertrud-Bäumer-Realschule im Dortmunder Norden, lobt Rutkowski. Er sei „authentisch“, ein Mann, „der die Schülerinnen und Schüler gut erreicht“. Godglück erzählt von einem Klassenlehrer, der gesagt habe: „Wenn mal Gelder für Präventionsarbeit fehlen – Rutkowski ist der Baustein, den wir retten sollten.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Foto: Matthias Holland-Letz

Präventionsarbeit nicht nur Lehrkräften zu überlassen, darauf baut das Kölner Gymnasium Kreuzgasse. Ältere Schüler, sogenannte „Peers“, wie Max und Nele bieten sich 13- und 14-Jährigen als Ansprechpartner bei Suchtfragen an.

***Beratungsstelle Feedback: www.suchtvorbeugung-dortmund.de**
****Fortbildungsangebote der Drogenhilfe Köln: www.sucht-bildung.de**
*****ginko-Stiftung für Prävention: www.ginko-stiftung.de**

Weitere Infos: Broschüre „Schule und Cannabis“ der BZgA kostenlos unter: bit.ly/bzga-material-cannabis

Abhängige nicht kriminalisieren

// „Drogenkonsum darf keine Straftat sein“, sagt Jost Leune im Interview über Drogensucht, Therapie und eine neue Drogenpolitik. Leune ist Geschäftsführer des bundesweiten Fachverbandes Drogen- und Suchthilfe e. V. (fdr) mit 70 Mitgliedsorganisationen und über 500 Einrichtungen. //

Jost Leune, von Beruf Lehrer. Arbeitsschwerpunkte des fdr-Geschäftsführers: die Selbsthilfe Suchtkranker zu fördern und deren Teilhabe zu verbessern.

Foto: privat

E&W: Wann wird die Droge zum Problem, Herr Leune?

Jost Leune: Es gibt eine Faustregel: Wenn die Zeit, die ich brauche, um die Droge zu beschaffen und zu konsumieren, so umfangreich wird, dass ich lebenswichtige Dinge wie Familie, Ausbildung oder Arbeit vernachlässige, das Leben in der Gemeinschaft aufs Spiel setze. Das sind Indikatoren, die anzeigen, dass es kritisch wird und der Moment da ist, in dem Hilfe nötig ist.

E&W: Sie haben einmal gesagt, Suchthelfer seien bemüht, Haltungen zu ändern, Probleme nicht zu verdrängen, sondern darüber zu reden. Wie gehen Sie in der Arbeit mit Süchtigen vor?

Leune: Entwickelt sich Abhängigkeit, ist sie meist von drei Faktoren bestimmt: dem Lebensumfeld, der Wirkung der Substanzen, der persönlichen Struktur. Und genau in dieser Trias behandeln wir. Wir gehen systemisch vor, schauen uns an, wie der Suchtkranke in seiner Umwelt lebt, wie sein Sozialraum aussieht, und analysieren, wo es hakt und was seine Lage verbessern könnte. Zunächst aber ist es wichtig, Menschen zu motivieren, darüber zu reden, was ihnen zu schaffen macht. Erst danach wird gefragt, warum sie zur Droge greifen. In der Therapie versuchen wir, gemeinsam Alternativen zum Drogenkonsum zu entwickeln. Das erfordert vom Abhängigen, bereit zu sein, das eigene Verhalten zu ändern.

E&W: Wie werden Suchtkranke in Deutschland versorgt?

Leune: Die Versorgung von Suchtkranken in Deutschland ist – gemessen an den europäischen Nachbarländern – ganz gut. Wir haben ein gut ausdifferenziertes Hilfesystem, das in der Lage ist, dem Abhängigen vom ersten Moment an zu helfen. Es gibt bundesweit etwa 1.400 Beratungsstellen für Suchtkranke, etwa 15.000 Therapieplätze stehen zur Verfügung, 100.000 Plätze stellt die Eingliederungshilfe bereit. Und trotzdem erreichen wir jährlich nur ein Viertel der Betroffenen.

E&W: Woran liegt das? An der Finanzierung?

Leune: Das ist ein ganz wesentlicher Faktor. Wir haben die merkwürdige Situation, dass ambulante Angebote der Suchthilfe weitestgehend über freiwillige Zuschüsse von Kommunen und Bundesländern und die anderen Hilfen aus jeweils unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern finanziert werden. Das macht enorme Probleme.

E&W: Inwiefern?

Leune: Immer dann, wenn eine neue Maßnahme ansteht, wechselt die Finanzierung in einen anderen Zuständigkeitsbereich. Die oder der Betroffene muss einen Neuantrag stellen, das kostet Zeit. Für den Abhängigen kann es zu Brüchen in der Behandlung kommen. An gesetzlichen oder bürokratischen Hürden scheitern ganz viele.

E&W: Wie klappt die Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Schulen?

Leune: Schulen neigen leider dazu zu behaupten, dass es keine Drogenprobleme in ihrem Umfeld gebe. Vielleicht, weil sie glauben, das mache andernfalls nach außen einen schlechten Eindruck. Aber Schulleitungen und Lehrkräfte sollten zur Kenntnis nehmen, dass im Schnitt etwa 10 bis 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die älter als 15 Jahre alt sind, illegale Drogen konsumieren.

E&W: Was sollten Schulen tun?

Leune: Mehr Achtsamkeit wäre geboten. Aber auch mehr Bereitschaft, sich zu vernetzen. Wie schwierig es ist zu kooperieren, merken wir, wenn wir ver-

suchen, unter allen Experten, die im psychosozialen Feld tätig sind, regionale Netzwerke zu knüpfen. Da ist es nicht einfach, Schulen mit ins Boot zu holen. Diese sollten stärker bereit sein, mit psychosozialen Diensten enger zu kooperieren, damit sie den Mädchen und Jungen nicht nur Bildung, sondern auch ein gesundes Aufwachsen ermöglichen. Und: Suchtprävention sollte regulärer Bestandteil des Lehrplans sein.

E&W: Es wird oft eine „alternative Drogenpolitik" gefordert. Was ist damit gemeint?

Leune: Das Schlagwort „alternative Drogenpolitik" zielt darauf, dass es im Zusammenhang mit Drogenkonsum keine staatliche Repression gibt und der Drogenkonsum sowie die Beschaffung illegaler Drogen nicht bestraft werden. In der Tat ist es so, dass Politik eine kluge, abgewogen ethische Entscheidung treffen sollte, welche Substanzen, von wem kontrolliert, genutzt werden können und welche sich nicht dazu eignen, weil sie zu riskant sind. Eine Herausforderung für den Gesetzgeber, hier Lösungen zu finden. Ein erster Schritt wäre, die im Betäubungsmittelgesetz (BtMG) festgelegten Strafen für bestimmte Delikte aufzuheben. Drogenkonsum darf keine Straftat sein. Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit und sollte nicht kriminalisiert werden.

E&W: Was kritisieren Sie an der Drogenpolitik?

Leune: Was uns fehlt, ist ein Bund-Länder-Dialog über die Folgen der Abhängigkeit sowie über die Frage, ob beispielsweise der gesamte Suchthilfebereich nicht anders zu organisieren wäre. Was ebenso fehlt, ist die Bereitschaft des Bundes, zu überprüfen, ob die Bestimmungen im BtMG so festgezurrt bleiben müssen, wie sie es derzeit sind.

E&W: Stattdessen sollte was geschehen?

Leune: Politik sollte Kommunen in die Lage versetzen, ausreichend Unterstützungssysteme für Suchtkranke finanzieren zu können. Der Punkt: Bund und Länder lassen die Kommunen mit Drogenproblemen und den Folgekosten ziemlich allein. Diese müssen ambulante Hilfen als Zuschüsse aus der Gemeindekasse bezahlen. Das ist ein nicht haltbarer Zustand, wenn man bedenkt, dass der Bund allein im legalen Bereich über die Einnahmen aus Alkohol, Tabak und Glücksspiel Millionen Euro einkassiert. Die Behandlungskosten für Erkrankte landen aber bei der Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten oder der Sozialhilfe. Allein bei Alkoholsüchtigen betragen die volkswirtschaftlichen Folgekosten 40 Milliarden Euro jährlich, bei Drogenabhängigen sind es etwa 20 Milliarden Euro. Wir brauchen dringend ein anderes Finanzierungssystem.

E&W: Würde eine eingeschränkte „Drogenfreigabe" helfen?

Leune: Ja, allerdings: Würden Substanzen, die bisher verboten sind, freigegeben, müsste andererseits in Prävention und Suchthilfe mehr Geld investiert werden. Natürlich sollten wir uns immer darüber im Klaren sein, um welche Substanzen es sich bei einer Freigabe handelt, und um die Gefahren wissen. Zudem: Nicht alle Menschen sollten freien Zugang zu allen Drogen erhalten. Gerade für junge Leute wären sogenannte Zugriffsbeschränkungen einzuführen und die Zugriffsnähe zu begrenzen. Ein 16-Jähriger sollte sich weder Heroin noch Cannabis oder Alkohol „einfach" besorgen können. Das ist auch eine Botschaft an die Politik.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft"

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Illustration: Oliver Sasse

Lernwerkstatt „Schau mal!"
Spielerisch die eigenen Sinne und das Recht auf Gesundheit und Wohlergehen erfahrbar machen – z. B. mit der Lernwerkstatt für die Grundschule sowie die Klassen 5 und 6.

Entdecken Sie unser Materialangebot:
www.cbm.de/schulen

Kostenlos ausleihen

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Telefon: (0 62 51) 1 31 - 2 95
E-Mail: material@cbm.de

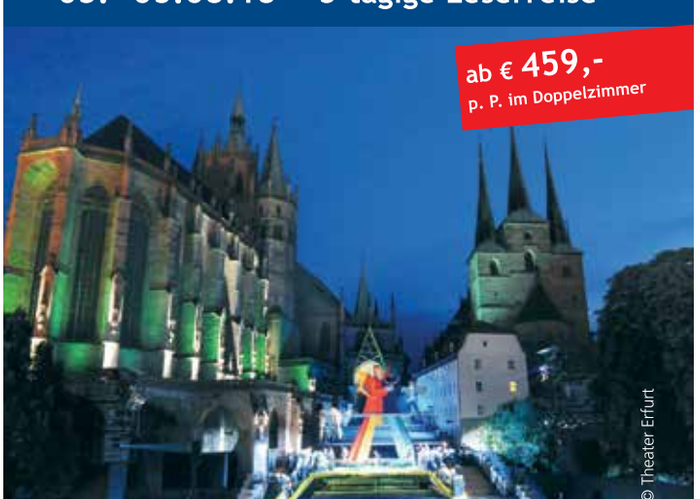
cbm christoffel blindenmission gemeinsam mehr erreichen

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

DOMSTUFEN-FESTSPIELE IN ERFURT

03.- 05.08.18 — 3-tägige Leserreise

ab € 459,- p. P. im Doppelzimmer


© Theater Erfurt

„Carmen" auf der wohl schönsten Freiluftbühne Thüringens

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Cartoon: Freimut Woessner

Teurer, aber nicht besser

// Privatschulen sind nichts für arme Leute. Doch welche Vorteile bieten sie den Kindern meist vermögender Eltern? Bessere Leistungen sind es jedenfalls nicht. Privatschüler schneiden laut aktuellen Studien nicht besser ab als Kinder und Jugendliche, die an öffentlichen Schulen lernen, wenn der soziale Hintergrund herausgerechnet wird. //

Von einem „Run auf die Privatschulen" war in den vergangenen Jahren häufig in den Medien die Rede, von einem „Gründerboom" und einer „Flucht vieler Eltern" aus dem öffentlichen Schulsystem. 750.000 Jungen und Mädchen besuchen inzwischen bundesweit eine der mehr als 3.600 allgemeinbildenden Schulen in privater Trägerschaft.

Doch der Bildungswissenschaftler Klaus Klemm widerspricht der These einer „Massen-Expansion" des Privatschulsektors. Zwar hat sich in den vergangenen 25 Jahren der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die private Schulen besuchen, bundesweit von 4,8 Prozent auf 9 Prozent nahezu verdoppelt. Der Zuwachs sei jedoch in erster Linie auf die Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern zurückzuführen – in denen 1992 nur 0,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen eine Schule in privater Trägerschaft besuchten. Heute liege der Privatschüleranteil in diesen Bundesländern bei 9,9 Prozent, so Klemm in der neuen Studie „Privatschulen in Deutschland" des Netzwerks Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Westen hingegen stieg die Privatschülerquote im gleichen Zeitraum von 6,1 auf 8,8 Prozent – in 25 Jahren ein Zuwachs von nur 2,7 Prozentpunkten.

Rückzug öffentlicher Schulen

In den neuen Bundesländern ist es nicht nur der vermeintliche „Nachholbedarf", der dort in den vergangenen Jahren für einen erheblichen Zuwachs bei den Privatschulen sorgte. Es ist auch der unter dem Sparvorwand politisch verordnete „Rückzug der öffentlichen Schulen aus der Fläche", vor allem bei den Grundschulen. „In den Dörfern auf dem Land sind zuerst die Apotheken weg, dann fehlen die Ärzte – und dann die Kinder", klagten Teilnehmer bei der Präsentation der Studie in Berlin. Bürgermeister lockten mit Prämien, wenn private Schulen vor Ort blieben – oder neue eröffnet würden. Oft könnten private Träger nahezu kostenlos das verlassene Schulge-

bäude der früheren öffentlichen Schule übernehmen.

Die Studie des Netzwerks Bildung räumt zudem mit einer weiteren Legende über Privatschulen auf. Deren Schülerinnen und Schüler erzielten keine wesentlich besseren Leistungen als Gleichaltrige an öffentlichen Schulen – wenn man dabei die soziale Herkunft und den Bildungshintergrund der Eltern berücksichtige, stellt Bildungsforscherin Petra Stanat, Direktorin am Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), in der Untersuchung fest. Verglichen wurden dabei die Leistungen von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Klassen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. „Insgesamt lässt sich resümieren, dass zumeist nur geringfügige Unterschiede zwischen den an privaten und öffentlichen Schulen im Mittel erreichten Kompetenzen festzustellen sind“, so Stanat. Nur in den Kompetenzbereichen Zuhören (Deutsch) und Hörverstehen (Englisch) konnten an Privatschulen demnach bessere Leistungen nachgewiesen werden. Dagegen fielen im Bereich Leseverstehen (Englisch) die Leistungen an privaten Gymnasien schlechter aus als an öffentlichen.

Basis für die aktuelle Auswertung waren die Testergebnisse aus bundesweit insgesamt 2.721 Schulen, die an den IQB-Bildungstrends der Jahre 2015 und 2016 teilgenommen hatten. Eine ältere Untersuchung auf der Grundlage von PISA-Ergebnissen aus dem Jahr 2009 war bereits zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

Privatschulen „mauern“

Vertreter der Privatschulen bemängelten bei der Präsentation der Studie des Netzwerks Bildung, dass in den jüngsten Leistungsvergleich die Ergebnisse nur weniger Schulen in privater Trägerschaft eingeflossen seien. Allerdings nehmen beispielsweise viele Waldorfschulen – aber auch andere Privatschulen – an den bundesweiten IQB-Leistungstests überhaupt nicht teil. Mehrere Bildungsexperten verwiesen auch darauf, dass die Privatschulen bei der Weitergabe von Daten sowohl gegenüber den Ministerien wie auch der Bildungsforschung „mauerten“. Dies gelte nicht nur für Angaben über die Höhe des erhobenen Schulgeldes und die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft, sondern auch über Lehrkräfteeinsatz und erteilte Unterrichtsstunden. In einigen Bundesländern sei zudem die Staatliche Schulaufsicht gegenüber den Privatschulen viel zu lax.

Das Recht, Schulen in privater Trägerschaft zu errichten, ist in Deutschland durch das Grundgesetz, Artikel 7, Absatz 4, gewährleistet. Darin heißt es jedoch auch: „Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.“

Dieses „Sonderungsverbot“ soll unter anderem bewirken, dass Privatschulen nicht durch hohes Schulgeld der sozialen Selektion von Schülerinnen und Schülern weiter Vorschub leisten. Auf der Basis einer Reihe verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen gehen Bildungsexperten davon aus, dass ein Verstoß gegen das Sonderungsverbot dann vorliegt, wenn der Durchschnitt des von den Eltern monatlich zu zahlenden Schulgeldes 160 Euro übersteigt. Tatsächlich aber liegt das erhobene Schulgeld in vielen Bundesländern durchschnittlich zwischen 170 und 300 Euro. Dies zeigen sowohl die neue Studie des Netzwerks Bildung wie auch Untersuchungen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB). Das Land Berlin erlaube den Privatschulen sogar, von SGB-II-Empfängern hundert Euro und mehr monatliches Schulgeld zu kassieren, kritisierte WZB-Bildungssoziologe Marcel Helbig. Stichproben hätten zudem gezeigt, dass sich auf den Internetseiten der Privatschulen nur selten Informationen zu möglichen Stipendien oder reduziertem Schulgeld für finanziell Bedürftige fänden. Eine Auskunft darüber sei oft verweigert worden. Laut WZB-Erhebung werden die Vorgaben des Grundgesetzes für Privatschulen nur in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen halbwegs beachtet. Thüringen und Bremen erfüllen demnach keine der Vorgaben.

Fazit

Häufig verstärken Privatschulen die soziale und ethnische Trennung der Schülerschaft. In Privatschulen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern weniger Einkommen, keinen Hochschulabschluss oder einen Beruf mit geringem sozialen Ansehen haben, deutlich niedriger. Privatschulen werden zudem seltener von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht. „Privatschulen bieten Eltern, die auf Abgrenzung und Statussicherung bedacht sind, häufig die Gelegenheit dazu“, erklärte Brandenburgs Ex-Bildungsstaatssekretär Burkhard Jungkamp.

Unstrittig ist hingegen unter den Bildungsexperten, dass einige Schulen in privater Trägerschaft in den vergangenen Jahren auch „Motor für Innovationen im Bildungsbereich“ gewesen sind. Doch: „Zahlreiche private Schulen arbeiten ganz konventionell. Und viele öffentliche Schulen sind reformfreudig, leistungsstark und förderorientiert“, betont GEW-Vorstandsmitglied und Schulexpertin Ilka Hoffmann.

Nach dem Grundgesetz gilt für Privatschulen ein Sonderungsverbot. Doch auch das staatliche Schulsystem wirkt bereits sondernd: Öffentliche Gymnasien seien häufig ähnlich selektiv wie Privatschulen, gibt Hoffmann zu bedenken. Auch die Gymnasien müssten Hürden beseitigen, durchgängig fördern und sich der Herausforderung der Inklusion stellen. Und: Alle Schulen, die diesen Weg gehen, benötigten mehr Unterstützung.

Karl-Heinz Reith,
Bildungsjournalist und Fachautor

Studie „Privatschulen in Deutschland“: bit.ly/fes-studie-privatschulen

WZB-Untersuchungen: bit.ly/wzb-privatschulen-PM bit.ly/wzb-studie-schulgeld-PM

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Wo bleibt der große Wurf?

Auf den ersten Blick enttäuschend, so das GEW-Fazit zur ersten Lesung des Bundeshaushalts für das Haushaltsjahr 2018. Die „Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung“, die der Koalitionsvertrag verspricht, ist nicht zu erkennen.

Das Kabinett hatte am 2. Mai einen Gesetzentwurf zur Lockerung des Kooperationsverbots vorgelegt und so die Weichen gestellt, dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geregelt werden können. Das ist der längst fällige erste Schritt, um die Bildungseinrichtungen zumindest bei der Infrastruktur finanziell besser auszustatten. Dafür müssen jetzt in Bundestag und Bundesrat Zweidrittelmehrheiten erreicht werden.

Aber ohne den zweiten Schritt, nämlich mehr Geld für eine umfassende Finanzierung guter Bildung locker zu machen, ist ein Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht möglich. Um die zahlreichen Baustellen im Bildungsbereich anzugehen, braucht es auf allen Ebenen einen handlungsfähigen Staat, der dort investiert, wo es brennt.

Anders Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD): Er hält an der „schwarzen Null“ fest und begründet das mit seiner keynesianischen Grundüberzeugung (s. DIESMAL, S. 48). Er will in wirtschaftlich guten für schlechtere Zeiten vorsorgen. Die zusätzlichen elf Milliarden Euro für alle Bereiche sollen nur aus Haushaltsüberschüssen finanziert werden.

Die Behauptung, die schwarze Null sichere die Zukunft der jungen Generation, weist die GEW zurück. Die Zukunft der Gesellschaft wird mit guter Bildung gesichert! Dafür muss jetzt Geld in die Hand genommen werden: für Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung.

Ob aber tatsächlich deutlich mehr Mittel in die Bildung fließen, ist nicht leicht zu erkennen. Wer die Etats der Ministerien sichtet, sieht: Da fehlt die Offensive! Werfen wir zuerst einen Blick auf den Haushalt des Bundesfamilienministeriums. Er verzeichnet einen Zuwachs von 680,990 Millionen Euro. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) will das Armutsrisiko von Kindern bekämpfen. Sie sagt, das gehe am besten, wenn beide Eltern erwerbstätig sind. Deshalb will sie mehr für bessere frühkindliche Bildung ausgeben: Für den Ausbau der Kita-Plätze sollen 400 Millionen fließen, für „Kita-Plus“ und „Sprach-Kitas“ sind 260 Millionen vorgesehen. Richtig so, aber zu wenig! Ab 2019 verspricht die Ministerin, die frühkindliche Bildung durch Gebührenfreiheit, das Gute-Kita-Gesetz (s. S. 4) und eine Fachkräfteoffensive zu stärken.

In den Haushalt des Bundesbildungsministeriums sind 63,722 Millionen Euro weniger als im Vorjahr eingestellt. Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) setzt auf den Nationalen Bildungsrat und betont die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Sie erklärt den Digitalpakt zum Testfall für diese Zusammenarbeit. Die 3,5 Milliarden für den Pakt sind im Haushaltsentwurf aber nicht zu finden. Spätestens zur zweiten Lesung im Juli muss klar sein, wann die Gelder fließen, damit Länder und Kommunen planen können.

Als zweiten Schwerpunkt nennt die Ministerin die berufliche Bildung: Berufsbildungspakt, Weiterbildungsstrategie und Berufsbildungsgesetz sollen dazu dienen, deren Wertschätzung zu steigern. Wo das nötige Geld dafür herkommt, ist ebenfalls noch nicht zu erkennen. Ihr dritter Schwerpunkt ist die Forschung. Die Förderung von Schlüsseltechnologien soll ein wichtiges Handlungsfeld werden.

Fazit: Die Regierung will bei Bildung, Forschung und Digitalisierung in die Offensive kommen. Ohne eine umfassende Finanzierung ist aber alles Makulatur! Und diesen Vorstoß allein aus den Steuermehreinnahmen finanzieren zu wollen, zeigt, dass Schwarz-Rot keine nachhaltige und dauerhafte Unterstützung der Länder und Kommunen anstrebt.

Die GEW wird zur abschließenden Beratung des Haushalts 2018 und bei der Aufstellung des Haushalts 2019 die notwendigen Korrekturen einfordern: mehr Geld für Bildung jetzt!

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Alles muss auf den Prüfstand

// Wie wird sie aussehen, die Welt von morgen? Auch wenn es die eine Zukunft nicht gibt und Wissenschaftler eher von „Zukünften“ sprechen, ist eine Reihe von Problemen bereits heute abzusehen. Schule sollte dazu ihren Beitrag leisten. //

Die ökologische Krise wird sich angesichts des Ungleichgewichts zwischen der klimatischen Entwicklung einerseits und der zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen andererseits verschärfen; die globale soziale Schere wird sich aufgrund des Egozentrismus der herrschenden und besitzenden Milieus weiter öffnen. Auch der Rückzug der Demokratien zugunsten autoritärer Regime oder autoritärer Demokratien mit national-chauvinistischer Prägung wird wegen der komplexen Anforderungen der Globalisierung weitergehen. Zwischen- wie innerstaatliche Konflikte dürften aufgrund von Renationalisierung, der Gier nach Bodenschätzen bei deren gleichzeitiger Verknappung sowie der wachsenden religiösen Aufheizung kultureller und politischer Konflikte zunehmen. Fluchtbewegungen in sichere und ökonomisch stabilere Weltregionen werden sich verstärken. Die digitale Überwachung wie auch der Trend zum gläsernen Konsumenten werden sich ausweiten.

Vernetztes Denken

Um Schüler dagegen stark zu machen, benötigen diese zum einen fachliche Fähigkeiten: zum Beispiel zur gesellschaftspolitischen und historischen Konfliktanalyse, kritisch-digitale und mathematisch-statistische Kompetenzen, Sprachkenntnisse.

Foto: dpa

Globale Erderwärmung, die weltweit wachsende soziale Spaltung in Arm und Reich, die digitale Überwachung – Probleme, die nicht nur wir, sondern auch künftige Generationen lösen müssen. Bereitet Schule sie darauf gut vor?

Sie benötigen aber auch fächerübergreifendes Wissen und psychosoziale Empathie. Ohne ein ethisch geleitetes, kooperativ entwickeltes und fächerübergreifend vernetztes Denken und Handeln wird die nächste Generation keinen wirksamen Beitrag zur Lösung komplexer Probleme leisten können.

Für die Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert müssen sich Unterricht, Schulen wie Lehrkräfteausbildung also entscheidend ändern. Hier einige Schlaglichter: In projektförmig angelegten Fächerverbünden sollten sich Schülerinnen und Schüler Problemlösungen möglichst selbstständig forschend erarbeiten. Der Fächerkanon gehört ohne Tabus neu konzipiert: Sollten Lehrkräfte nicht anstatt konfessionellen Religionsunterrichts vergleichende Religionslehre unterrichten? Sollte es nicht ein Fach „Gesundheitswissenschaften“ oder „Soziales Engagement“ geben? Sollte „Sport“ nicht durch „Bewegungskultur“ ersetzt, Mathe grundsätzlich anwendungsorientiert und fächerübergreifend unterrichtet, Informatik Pflichtfach für digitales Lernen und kritische digitale Bildung werden? Und sollte historische, politische und ökonomische Bildung nicht ein Schlüsselfach oder zentraler Fächerverbund sein?

Ebenso ist die Entwicklung einer schulischen Lern- und Lebenskultur notwendig, die eine systematische Förderung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund im Rahmen von inklusiven Konzepten mit pädagogischem Augenmaß gewährleistet. Kulturellen Transfer innerhalb der Schulen sollten Pädagogen so vermitteln, dass alle von Heranwachsenden lernen können, die Fluchterfahrungen machen mussten und aus anderen Kulturregionen stammen. Lernen sollte nicht nur als intergenerativer Transfer in einem hierarchischen Sinne – von Lehrkräften zur Schülerschaft –, sondern auch zwischen Schülern sowie von Schülern zu Lehrkräften gedacht und konzipiert werden.

Für Lernprozesse, die derart ambitioniert im Spannungsfeld von kulturellem Transfer und Bildungsinnovation ansetzen, muss Politik die staatlich organisierte Bildung mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten. Sie muss verhindern, dass ein reiches Land wie Deutschland mit seinen Bildungsinvestitionen nicht mehr am unteren Ende der OECD-Skala steht – und erwartet, dass ärmere Länder ihre Ärztinnen und Ärzte, Lehrkräfte, Ingenieure oder qualifizierte Handwerker an uns abgeben, die dann vor Ort fehlen. Eine solche Bildungspolitik lässt sich nur als kultureller Kolonialismus bezeichnen.

Prof. Klaus Moegling,
außerplanmäßiger Professor im Fachbereich
Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel

Klaus Moegling: „Kultureller Transfer und Bildungsinnovation: Wie Schulen die nächste Generation auf die Zukunft der Globalisierung vorbereiten können“, 2017

„Die Kinder aus dem Schatten holen“

// Ist Mutter oder Vater süchtig, leiden die Kinder sehr. Bislang gab es für sie kaum Hilfe. Das soll sich ändern. Lehrkräfte spielen dabei eine wichtige Rolle. //

Tagsüber ist sie eine gute Mutter. Bis sie abends zur Flasche greift. „Und dann erkenne ich sie nicht mehr wieder. Das tut so weh“, schreibt Alina auf die Pinnwand des Onlineportals kidkit.de für Kinder suchtkranker Eltern. „Dann sagt sie mir, was für eine schlechte Tochter ich bin“, so die Schülerin weiter, „und dass sie sich wünscht, dass ich nicht da wäre.“ Ein anderes Mädchen schildert, dass seine Mutter immer ausraste und rumschreie wie eine Furie. Der Vater habe sie schon mit voller Wucht ins Gesicht geschlagen. Die Zwölfjährige beißt sich selbst in den Arm, „um das alles auszuhalten“. Keine Einzelfälle. „Kind suchtkranker Eltern zu sein“, sagt die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, „das ist kein Einzel-, es ist ein – oft nicht erkanntes – Alltagsschicksal.“ Rund drei Millionen Kinder in Deutschland haben mindestens einen suchtkranken Elternteil. Das ist jedes fünfte bis sechste Kind.

Viele wissen nicht, was sie nach der Schule zu Hause erwartet: Ist Mama noch nüchtern? Hat Papa schon getrunken und pöbelt rum? Gibt es etwas zu essen? Die meisten Kinder vermeiden, Freunde mit nach Hause zu bringen. Niemand soll mitbekommen, was in der Familie los ist. „Das Problem wird stark tabuisiert“, sagt der Geschäftsführer der Drogenhilfe Köln und des Onlineberatungsportals kidkit.de, Thomas Hambüchen. Hinzu kommt: Für Eltern gibt es zwar viele Hilfsangebote, doch die Kinder müssen mit ihren Problemen meist alleine fertig werden. „Die Kinder in diesen Familien wurden irgendwie vergessen“, so der Fachmann. „Sie sind quasi ein Kollateralschaden der Sucht.“ Dabei sei seit Jahrzehnten bekannt, wie dramatisch die Folgen für die betroffenen Mädchen und Jungen sein können: Ein Drittel entwickelt offiziellen Angaben zufolge später selbst eine Suchterkrankung, ein Drittel eine andere psychische Störung.

Zu große Verantwortung

Die stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), Gabriele Sauermann, berichtet, dass die Kinder unter der geringen emotionalen Unterstützung im Elternhaus litten. Oft fühlten sie sich verantwortlich für das Unglück ihrer Eltern – und erledigten deren Aufgaben, zum Beispiel im Haushalt oder bei der Erziehung der Geschwister. „Kinder aus suchtbelasteten Familien haben auch häufiger Schulschwierigkeiten, schwänzen öfter die Schule oder brechen sie ab.“ Die Versorgungslücken seien lange bekannt, kritisiert die Kinderschutzexpertin. Bislang habe der politische Wille gefehlt, daran etwas zu ändern. Doch nun tut sich was.

Paradigmenwechsel

Der Bundestag hat fraktionsübergreifend eine Arbeitsgruppe eingerichtet: In knapp einem Jahr wollen die Experten konkrete Vorschläge vorlegen, wie die Situation der Kinder verbessert werden

Eckpunkte zur Verbesserung der Lage der Kinder Suchtkranker

- Kinder haben ein Recht auf Unterstützung und Hilfe, unabhängig davon, ob ihre Eltern schon Hilfsangebote in Anspruch nehmen.
- Kindern muss vermittelt werden, dass sie keine Schuld an der Suchterkrankung ihrer Eltern tragen.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Hilfesystemen – insbesondere der Suchtkrankenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und den medizinischen Diensten – muss optimiert werden.
- Es muss ein Klima geschaffen werden, in dem Eltern und Kinder Scham- und Schuldgefühle leichter überwinden und Hilfe annehmen können.
- Schulen und Kitas als zentrale Lebensräume für Kinder aus suchtkranken Familien müssen die Situation erkennen und Hilfe vermitteln.

Quelle: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. Alle zehn Eckpunkte unter: www.dhs.de

Sichtbar werden. Zwar gibt es für abhängige Mütter und Väter viele Hilfsangebote, doch deren Kinder müssen mit ihren Problemen meist alleine fertig werden.

Foto: dpa

kann. „Langsam kommt etwas in Bewegung“, so Mortler. Sie hat ihre Jahrestagung vergangenen Sommer unter das Motto gestellt: „Die Kinder aus dem Schatten holen.“ Das Thema bekomme jetzt mehr Aufmerksamkeit. „Und genau darum geht es“, betont die Drogenbeauftragte. „Die Kinder müssen gesehen werden.“ Jeder sollte sich fragen, ob das eigene Nachbarskind oder der Klassenkamerad betroffen sein könnte. Es gehe um einen Paradigmenwechsel: nicht mehr nur die Süchtigen selbst, sondern auch das Umfeld in den Blick nehmen.

Die Drogenhilfe Köln wurde als Projektträger von kidkit.de damit beauftragt, eine nationale Datenbank aller Einrichtungen mit Fachkräften auf diesem Gebiet aufzubauen. Damit jeder schnell Hilfe findet. Egal, ob Kinder selbst auf der Suche nach Ansprechpartnern vor Ort sind, Angehörige, Lehrkräfte oder ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Auf der Homepage sind 630 Anlaufstellen gelistet. „Unser Ziel ist auch aufzuzeigen, in welchen Gebieten nur wenige Angebote vorhanden sind und ein Ausbau sinnvoll wäre“, sagt Hambüchen.

Hinweise für Lehrkräfte

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat zudem ein Plakat an 18.000 Grundschulen verschicken lassen, „sozusagen als Soforthilfe“. Darauf finden sich Hinweise, wie Lehrkräfte versteckte Hilferufe erkennen können. Eine Umfrage unter Erzieherinnen und Lehrkräften hat ihren Angaben zufolge ergeben, dass etwa die Hälfte von ihnen jedes Jahr vor der Frage stehe: Handelt es sich um ein Kind suchtkranker Eltern? Und: Was mache ich jetzt?

Für Hambüchen kommt Lehrkräften eine „ganz wichtige und verantwortungsbewusste Rolle“ zu. „Sie sind Bezugspersonen“, betont er. Gerade für Kinder zwischen acht und zwölf Jahren. In diesem Alter merkten die Mädchen und Jungen allmählich, dass in ihrer Familie etwas nicht stimmt. Lehrkräfte seien wichtige Ansprechpartner, auch für die Eltern. „Sie sind der erste Schritt im Hilfesystem.“ Ihre Aufgabe sei es, zuzuhören. Zur Beratung sollten sie an Schulsozialarbeiter oder Schulpsychologen verweisen. „Lehrkräfte können einen weichen Übergang schaffen“, so Hambüchen. Sprich: die Schülerinnen und Schüler nicht von A nach B schicken, sondern sie begleiten. „Damit kein Kind verloren geht.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***www.kidkit.de – auf der Homepage findet sich ein Überblick über alle Beratungsangebote in den Regionen.**

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtsumme 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 50.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 660,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 55.397,00 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

„Es ist normal, verschieden zu sein“

// Um sich in der Kita wohl zu fühlen, müssen Kinder das Gefühl haben, dazu zu gehören. Das haben Mädchen und Jungen dann, wenn die Lernumgebung so gestaltet ist, dass sie sich mit all ihrer Unterschiedlichkeit wiederfinden und angenommen werden. Die Fachstelle Kinderwelten in Berlin nennt diesen Ansatz „vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“. //

Kinder geflüchteter Familien erweitern die Vielfalt in einer Kindertageseinrichtung. Sie bringen ihre Familienkulturen mit, ihre Sprachen, Religionen, ihre Speisegewohnheiten, ihre Erinnerungen an gute und weniger gute Tage, ihre Erfahrungen von Flucht, Vertreibung, Krieg. Und jedes Einzelne bringt mit seiner persönlichen Unverwechselbarkeit eine weitere Farbe ins Leben der Kindergruppe. Hat die Kita bereits ein Repertoire an Umgangsweisen entwickelt, wie sie wertschätzend auf Unterschiede eingeht, so erleichtert sie allen Beteiligten die Begegnung mit Neuem. Was kann für geflüchtete Kinder den Anfang an dem neuen Ort Kita erleichtern? Ein freundliches Willkommen mit einem Wort in der Familiensprache der Eltern, Interesse am Namen und die Bereitschaft, diesen korrekt auszusprechen und zu schreiben, ein behutsames Herumführen in der neuen Umgebung, das Kennzeichnen der Garderobe mit einem Foto des Kindes, um auszudrücken: „Hier ist dein Platz, wir haben ihn für dich vorbereitet, denn wir haben dich erwartet!“ Mädchen und Jungen, die bereits in der Kita sind, erinnern sich vielleicht daran, wie es für sie war, als sie neu in die Kita gekommen sind – und was ihnen damals gutgetan hat: dass eine Erzieherin für sie da war, dass am Anfang Mama oder Papa in der Kita mit dabei waren, dass ein anderes Kind sie sachte an die Hand genommen und zum Spielen geführt hatte.

Für geflüchtete Familien, die jetzt in Deutschland leben, gehört die Kita vielleicht zu den vielen neuen Dingen, deren Gepflogenheiten und interne Regeln sich ihnen nicht sofort erschließen. Wer mit der Kita vertraut ist, findet hier vieles selbstverständlich und denkt nicht daran, es Außenstehenden zu erläutern: die Wechselwäsche, das Essensgeld, die Schließtage, den Personalwechsel am Nachmittag. Dabei ist vieles in der Kita für Neuankömmlinge verwirrend oder unlogisch: Bei der nachmittäglichen „Kaffeepause“ gibt es beispielsweise gar keinen Kaffee. Sich in Eltern und Kinder hineinzuversetzen, die zum ersten Mal eine Kita betreten, kann helfen, solche Verwirrungen zu entdecken und manches klarer und nachvollziehbarer zu gestalten, mit dem Ziel, dass sich die Jüngsten und ihre Mütter und Väter rasch zurechtfinden und wohlfühlen. Wohlbefinden ist wichtig, um sich auf Neues einlassen zu können und es engagiert zu erforschen. Wohlbefinden ist aber auch gebunden an Zugehörigkeit und Beteiligung.

Gemeinsamkeit aller Kinder

Zugehörigkeit bedeutet, als Mitglied einer Gruppe willkommen zu sein, hier einen Platz zu haben, der nicht streitig gemacht wird. Sich zu beteiligen, geht darüber hinaus, ist die Einladung, diesen Ort aktiv mitzugestalten, und die Rückmeldung, dass es wichtig sei, sich einzubringen. In dem pädagogischen Ansatz „Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“ ist die Bedeutung von Zugehörigkeit und Beteiligung für das Wohlbefinden und Lernen junger Kinder eingearbeitet in die Ziele und Handlungsprinzipien einer Kita. Mädchen und Jungen wird Zugehörigkeit vermittelt, wenn Fachkräfte die Lernumgebung so gestalten, dass sich jedes Kind in der Kita wiedererkennen kann, mit seinen Interessen und Fähigkeiten, seiner Familienkultur. Sichtbar zu sein zeigt, dass man von anderen wahrgenommen wird, und bestärkt daher die eigene Identität.

Das Besondere jedes einzelnen Kindes und die verschiedenen Persönlichkeiten in der Gruppe wertzuschätzen, geschieht darüber, dass eine Gemeinsamkeit festgestellt wird, die alle Kinder teilen, und von der ausgehend die Unterschiede sichtbar gemacht werden, etwa: Jedes Kind hat einen Namen. Wie ein Kind heißt, ist unterschiedlich und auch, was man mit seinem Namen erlebt. Viele Familien haben schon einmal den Wohnort gewechselt. Die Städte und Dörfer sind unterschiedlich, ebenso wie man sich beim Umzug gefühlt hat. Alle Menschen essen – wie sie es tun und was sie essen, das unterscheidet sie. Menschen haben vieles gemeinsam – und sie müssen nicht alles gleich machen. Das Unterschiedliche steht gleichwertig nebeneinander. Zugehörigkeit wird entzogen, wenn das, was die eigene Identität und Familienkultur ausmacht, abgewertet und herabgewürdigt wird: Wenn zum Beispiel gesagt wird: „B. kann kein Deutsch“, nicht aber, dass er eine andere Sprache spricht. Oder wenn die eigene Sprache und Esskultur als „komisch“ gelten. Oder wenn gedacht wird, alle Muslime seien „rückwärtsgewandt“ und die Mädchen und Frauen „unterdrückt“. Auch wenn Helfer alles für einen tun und man selbst nichts tun kann. In all diesen Fällen wird Teilhabe erschwert, Passivität verhindert die Identifikation mit einem Ort, hier der Kita. Nehmen Kinder wahr, dass sie nicht akzeptiert werden, wie sie sind und was sie mitbringen, ziehen sie sich häufig zurück. Sie können kaum ein positives Selbstbild entwickeln. Und sie können die Kita dann wenig als Lernraum nutzen.

„Vielfalt respektieren“

Für pädagogische Fachkräfte sind die Mechanismen, mit denen Zugehörig-

Foto: Alexander Paul Englert

Kleine Neuankömmlinge aus anderen Ländern und Kulturen machen das Leben in den Kitas bunter. Wenn ein Mehr an Verschiedenheit akzeptiert wird, können Kindertagesstätten allen Mädchen und Jungen reiche Erfahrungsräume bieten.

keit und Beteiligung verwehrt werden können, nicht einfach zu durchschauen. Denn diese sind eingewoben in ein System von Vorstellungen über Normalität und soziale Ungleichheit, in dem einige Gruppen Vorteile und andere Nachteile haben. Dazu gehört Diskriminierung als abwertende Haltung mit Verweis auf ein Gruppenmerkmal, das die Betroffenen nicht ändern können. Diskriminierung geht für jene, die sie erfahren, mit Verlust oder Mangel an Teilhabe und Einfluss einher. Sie spielt sich nicht nur in der Interaktion einzelner Menschen ab, sie reguliert als „institutionalisierte Diskriminierung“ auch die Zugangschancen zu Ressourcen wie Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung. Diskriminierung trifft geflüchtete Menschen in Deutschland besonders hart, denn sie sind mit Blick auf diese Ressourcen von Barrieren eines schwer zu durchschauenden und von ihnen kaum zu beeinflussenden Zuteilungssystems umgeben. „Vielfalt respektieren, Ausgrenzung widerstehen“, das Motto vorurteilsbewusster Arbeit, könnte Leitlinie sein, pädagogische Praxis im Sinne einer kulturellen Demokratie zu gestalten. So können sich Verständnis und Respekt für die unterschiedlichen Gepflogenheiten der Kinder und Erwachsenen entwickeln. Wenn in den Kitas versucht wird, ein Mehr an Verschiedenheit zu akzeptieren: „Es ist normal, dass wir verschieden sind“, können die Kindertagesstätten geflüchteten Mädchen und Jungen reiche Erfahrungsräume bieten.

Man kann sich wehren

Gleichzeitig wird das Bewusstsein der Diversität kombiniert mit Kritik an diskriminierenden Erfahrungen. Nach dem Ansatz vorurteilsbewusster Arbeit gibt es eine große Wachsamkeit gegenüber schnellen Normierungen, gegenüber Abwertungen, Ausschlüssen, Einseitigkeit. Um diese zu erkennen, braucht es im Kita-Team ein gemeinsames Wissen über Erscheinungsformen der Diskriminierung im Alltag und wie sich diese auf Kinder auswirken können. Damit sich Fachkräfte Diskriminierungen der Kita-Kinder und deren Familien widersetzen können, sollte sich das Team für Inklusion und gegen Exklusion positionieren. Es bedarf dazu auch eines methodischen Repertoires, um bei Ausgrenzung und Herabwürdigung intervenieren zu können – sowohl bei Kindern als auch bei Eltern, im Team, in der Gemeinde. Sagen Kita-Träger, pädagogische Fachkräfte und Kita-Leitungen laut und vernehmlich „Nein!“ zu Diskriminierung und Rassismus, vermitteln sie allen Kindern Schutz und die Zuversicht: Man kann sich gegen Ungerechtigkeiten wehren.

Petra Wagner,
Leiterin der Fachstelle Kinderwelten Berlin

Der Text (in gekürzter Fassung) wurde mit freundlicher Genehmigung aus der Publikation „Ankommen – Willkommenskultur in der Kita“ übernommen. Diese ist erhältlich bei: verlag das netz, www.betrifftkindershop.de Das Heft kostet 9,90 Euro.

Nicht mal auf Mindestlohnniveau

Foto: stocksnap.io / CC0

Rigide Sparmaßnahme auf Kosten des Lehrkräftenachwuchses: 1981/82 legte die Bundesregierung einen Haushaltsentwurf mit weitreichenden Einsparungen vor. Der Bundesrat konterte mit Alternativvorschlägen. Einer davon: die Anwärterbezüge für angehende Pädagoginnen und Pädagogen zu kürzen. Dieser Vorschlag setzte sich durch und führt bis heute dazu, dass Lehrerinnen und Lehrer in spe schlecht bezahlt werden.

// **Das Studium beendet, eine Stelle im Vorbereitungsdienst ergattert, endlich eigenes Geld – aus Sicht Studierender mag es erfreulich sein, dass die letzte Etappe der Ausbildung entlohnt wird. Die geringe Bezahlung im Referendariat ist allerdings das Ergebnis einer Sparentscheidung in den frühen 1980er-Jahren – zu Zeiten, als es viele arbeitslose Lehrkräfte gab.** //

„Die GEW fordert alle Bundestagsabgeordneten auf, der Forderung nach Kürzung der Anwärterbezüge eine klare Absage zu erteilen. Die GEW betrachtet den Vorstoß des Bundesrates als einen unerhörten Angriff auf die materielle Existenz von Berufsanfängern.“ So schrieb die GEW in einem Beschluss eines außerordentlichen Gewerkschaftstages im Oktober 1981. Kurz zuvor hatte die Bundesregierung für 1982 einen Haushaltsentwurf mit weitreichenden Einsparungen vorgelegt, den der Bundesrat mit Alternativvorschlägen konterte, von denen die Länderhaushalte stärker profitieren sollten. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen war die Kürzung der Anwärterbezüge für den Lehrkräftenachwuchs um bis zu 15,3 Prozent; bei einer A12-Anwärterin bzw. einem Anwärter würde das etwa 220 D-Mark im Monat ausmachen. Obwohl – nicht nur – die GEW protestierte, fand die Kürzung im Vermittlungsverfahren Eingang in das bundeseinheitliche Besoldungsrecht. Zu dieser Zeit war die (westdeutsche) Bundesrepublik von hoher Lehrkräftearbeitslosigkeit geprägt: Allein zu Schuljahresbeginn 1981/82 wurden rund 20.000 fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer von den Einstellungsbehörden abgewiesen, 30.000 hatten befristete (Teilzeit-)Verträge.

Die Bezahlung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst oder Referendariat richtet sich nach beamtenrechtlichen Grundsätzen. Es handelt sich nicht um einen Lohn für die Arbeit, die diese leisten – etwa im Rahmen des sogenannten bedarfsdeckenden Unterrichts –, sondern um einen Beitrag zum Lebensunterhalt. Die angehenden Lehrkräfte werden für ein Lehr-„Amt“ ausgebildet. Deshalb sind sie als Beamte auf Widerruf beschäftigt und erhalten „Anwärterbezüge“. Alle bekommen den Anwärtergrundbetrag, dessen Höhe sich nach dem angestrebten Eingangsamt richtet. Daneben stehen ihnen gegebenenfalls Zuschläge für Ehegatten und eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner sowie für Kinder zu.

Beamtenanwärterinnen und -anwärter sind – wie „normale“ Beamte – weder in der Arbeitslosen- noch in der Kranken- und Rentenversicherung pflichtversichert. Nur wer im Studium Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung war, kann dort freiwillig versichert bleiben, muss aber den vollen Beitrag aus den Anwärterbezügen selbst bezahlen (außer in Hamburg), was diese Option meist unattraktiv erscheinen lässt. Deshalb sind Beamtenanwärter vielleicht die von privaten Versicherungskonzernen am intensivsten umworbene Personengruppe. Für die Lehrkräfte in den 1980er-Jahren war die Sozialversiche-

rungsfreiheit ein zweifelhafter Segen, da so auch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht.
Inzwischen hat sich die Besoldungswelt verändert. Mit der Föderalismusreform von 2006 ist die Bundeskompetenz für die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten vom Bund auf die Bundesländer übergegangen. Die Folge waren viele Jahre „Besoldung nach Kassenlage" – und damit ein spürbares Auseinanderlaufen zwischen den Ländern. So bekommen etwa ledige Anwärter ohne Kinder in A13 in Berlin 1.273,96 Euro – und in Nordrhein-Westfalen 1.433,28 Euro (s. Tabelle).

Abgesenkte Bezüge

Der Vergleich der heutigen Anwärterbezüge mit früher wird erschwert durch die reformierte Besoldungsstruktur. Nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der die Besoldung nach Dienstaltersstufen für altersdiskriminierend erklärt hatte, führten nach und nach alle Bundesländer neue Besoldungstabellen ein. Diese sind nach Erfahrungsstufen gegliedert und beginnen meist mit Stufe 1. Manchmal heißt die unterste Erfahrungsstufe in den höheren Besoldungsgruppen aber auch Stufe 3 oder 4 – dort wurden die Tabellenwerte der Dienstaltersstufen beibehalten, aber es wurde berücksichtigt, dass Beamte mit akademischer Ausbildung nicht schon mit 18 oder 20 Jahren in den Beruf einsteigen. Mit den neuen Tabellen sind die Anwärterbezüge im Verhältnis zur niedrigsten Besoldungsstufe weiter abgesenkt worden und liegen nun zwischen 35 und 42 Prozent der Eingangsbesoldung – gegenüber 52 bis 60 Prozent 1980.

Die Zeit ist günstig

Dass die Anwärterbezüge sich nach dem Eingangsamt richten, erschwert die Vergleichbarkeit zusätzlich, denn hier ist derzeit viel in Bewegung: Nach Brandenburg und Berlin hat Sachsen entschieden, Grundschullehrkräfte nach A13 zu besolden. Auch Schleswig-Holstein will dies bis 2025 stufenweise umsetzen. In anderen Ländern wurden zumindest verschiedene Lehrämter der Sekundarstufe I, die jahrelang A12 zugeordnet waren, auf A13 angehoben. Von der Aufwertung profitieren auch die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Die GEW kämpft weiter dafür, dass alle Lehrämter überall gleich viel wert sind und gleich bezahlt werden.

Unter den heutigen rechtlichen und politischen Bedingungen kann eine Verbesserung der Anwärterbezüge nur im „Häuserkampf", also von Land zu Land, erreicht werden. Allerdings stehen die Chancen dafür besser als in den zurückliegenden Jahrzehnten. In Zeiten eines gravierenden Lehrkräftemangels finden auch nicht voll ausgebildete Lehrkräfte mit erstem (Staats-)Examen in vielen Ländern, Schularten und Fächern leicht eine Anstellung. Sie werden fast wie voll ausgebildete angestellte Lehrkräfte bezahlt, lediglich die Stufenaufstiege sind verlangsamt. Die Verlockung des schnellen Geldes wird zwar dadurch gebremst, dass man ohne Vorbereitungsdienst nicht auf Lebenszeit verbeamtet werden kann. Andererseits ist ein Vorbereitungsdienst mit einem Einkommen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns nicht gerade attraktiv. Die GEW mahnt seit Jahren, dass nicht genug Lehrkräfte ausgebildet werden. Jetzt ist es endlich an der Zeit, eine Erhöhung der Anwärterbezüge durchzusetzen!

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

Bezahlung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst / Referendariat (Anwärtergrundbeträge) Stand: Januar 2018, Beträge in Euro/Monat

Besoldungsgruppe	A12		A13		A13Z[2]	
		Lehrämter[1]		Lehrämter		Lehrämter
Bundesland						
Baden-Württemberg	**1.358,53**	GS	**1.391,46**	HS, WRS, RS, SoS	**1.427,62**	Gym, BBS
Bayern	**1.353,44**	GS, MS	**1.385,21**	RS, FöS	**1.420,08**	Gym, BBS
Berlin	–		**1.273,96**	GS (inkl. So-päd.)	**1.310,88**	ISS, Gym, BBS
Brandenburg[3]	–		**1.425,06**	alle anderen	**1.459,04**	Gym, BBS
Bremen	**1.296,24**	GS/Sek. I	–		**1.365,17**	alle anderen
Hamburg	**1.359,25**	GS/Sek. I	–		**1.425,04**	alle anderen
Hessen	**1.343,39**	GS	**1.375,33**	FöS, HRS	**1.410,39**	Gym, BBS
Mecklenburg-Vorpommern	**1.357,37**	GS	**1.389,98**	FöS, RegS	**1.425,82**	Gym, BBS
Niedersachsen	**1.300,89**	GS, HS, RS	**1.335,94**	FöS	**1.374,13**	Gym, BBS
Nordrhein-Westfalen	**1.400,37**	GS, Sek. I	**1.433,28**	FöS	**1.469,43**	Gym, BBS
Rheinland-Pfalz	**1.298,09**	GS	**1.329,96**	FöS, RS+	**1.364,96**	Gym, BBS
Saarland	**1.281,20**	GS, GHS	**1.312,82**	RS, FöS, Sek. I	**1.347,56**	Gym, BBS
Sachsen[4]	**1.426,79**	GS	**1.495,10**	alle anderen	–	
Sachsen-Anhalt	**1.352,28**	GS	**1.384,00**	alle anderen	**1.418,85**	Gym, BBS
Schleswig-Holstein	**1.337,83**	GS, GHS	**1.371,19**	RS, Sek. I, FöS	**1.407,81**	Gym, BBS
Thüringen	**1.369,34**	GS, RegS	**1.403,00**	FöS	**1.439,97**	Gym, BBS

Quelle: Landesbesoldungsordnungen

[1] GS = Grundschule, GHS = Grund- und Hauptschule, HS = Hauptschule, HRS = Haupt- und Realschule, RS = Realschule, FöS=Förderschule, Gym = Gymnasium, BBS = Berufsbildende Schule, WRS = Werkrealschule, SoS = Sonderschule, MS = Mittelschule, ISS = Intergrierte Sekundarschule, RegS = Regelschule, Sek. I = Sekundarstufe I, RS+ = Realschule plus
[2] Z = „Studienratszulage"
[3] Bis Ende 2018 Primarstufe in A12
[4] Ab 2019 Grundschule in A13

„Die eigenen Vorurteile bewusst machen“

// Eine neue Handreichung zur religiösen Vielfalt stellt nicht das Wissen über Religionen ins Zentrum, sondern die Kompetenzen, die es braucht, um Konflikte zu verstehen. Dazu, erklärt Mitverfasserin Saba-Nur Cheema, gehöre auch die Reflexion der eigenen Stereotype. //

E&W: Die Bildungsstätte Anne Frank hat mit „(K)eine Glaubensfrage“ eine Handreichung zum Umgang mit religiöser Vielfalt für Pädagoginnen und Pädagogen herausgegeben. Warum?

Saba-Nur Cheema: Wir haben festgestellt, dass Religion – oft in kulturalisierter Form – zunehmend Thema in pädagogischen Räumen wird. Angesichts dessen fühlen sich viele Pädagoginnen und Pädagogen unsicher; sie wissen nicht, wie sie mit religiösen Bedürfnissen und steigender Religiosität umgehen sollen. Auch Lehrkräfte melden zunehmend Bedarf an qualifizierter Begleitung und Unterstützung im Umgang mit Religion sowie religiösen Konflikten im Schulalltag an.

E&W: Was meinen Sie mit Religionen „in kulturalisierter Form“?

Cheema: Häufig werden die Herkunft aus einem islamisch geprägten Land, Migrationsgeschichte und Kultur vermischt und benutzt, um bestimmte Handlungen auf religiöse Gründe zurückzuführen. Zum Beispiel: Wenn ein Schüler aus einer muslimischen Familie auf einer Klassenfahrt keine Teller spülen will, wird seine Abwehr auf die „Kultur des Islam“ bezogen. Bei einem Schüler, der nicht als Muslim gelabelt ist, wird eher angeführt, dass er einfach faul ist.

E&W: Wie nehmen Sie Pädagoginnen und Pädagogen mit Blick auf den Umgang mit Religionen wahr?

Cheema: Bei Fortbildungen stellen wir hinsichtlich religiöser Vielfalt ein Hauptthema fest: Der Fokus liegt auf dem Islam und darauf, dass muslimische Schülerinnen und Schüler „anders“ und schwierig(er) sind. Immer wieder höre ich von Teilnehmenden, dass sie nicht wissen, wie sie mit muslimischen Schülerinnen und Schülern umgehen sollen – etwa, wenn ein Mädchen angefangen hat, Kopftuch zu tragen, oder nicht am Schwimmunterricht teilnehmen will. Viele nehmen es so wahr, dass muslimische Schülerinnen und Schüler immer mehr fordern. Dieser Verunsicherung steht die Vorstellung gegenüber, dass Religion in einer als säkular empfundenen Schule keinen Raum haben sollte. Beobachten lässt sich auch: Die Frage, ob religiöse Bedürfnisse eine Rolle spielen sollten, wird überdurchschnittlich oft für Kinder und Jugendliche relevant, die entweder muslimisch sind – oder unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit oder Religiosität als Muslime markiert werden.

E&W: Wie reagieren Schülerinnen und Schüler auf diese Zuschreibungen?

Cheema: Ich möchte mit einem Beispiel antworten: Ein Siebtklässler erzählte mir, er antworte auf die Frage, woher er kommt, nur noch mit: „Ich bin Muslim“ – weil seine Antwort, er sei Frankfurter, nicht akzeptiert und stattdessen immer wieder nach der tatsächlichen Herkunft gefragt wird. Wenn er sagt, seine Familie stamme aus Marokko, bekomme er zur Antwort: „Ach, du bist also Muslim.“ Das heißt: Wir müssen uns Alltagssituationen anschauen und uns fragen, wo Probleme beginnen. Die wiederholten Fremdzuschreibungen, in denen Jugendliche vor allem als Muslimin oder Muslim gesehen werden, führen zu einer Art Annahme des Stigmas: In einigen Fällen führt das zu einer stärkeren Verbundenheit mit der Gruppe der Musliminnen und Muslime und einer Hinwendung zum Islam.

E&W: Welche Ansätze gibt es im pädagogischen Raum, aus diesem Dilemma rauszukommen?

Cheema: Reflektieren über eigene Vorurteile und Zuschreibungen – das machen wir in Schulungen und in Workshops gemeinsam mit den Teilnehmenden. Zur pädagogischen Professionalität gehört, eigene Vorurteile und Stereotype zu reflektieren, seien

Foto: Bildungsstätte Anne Frank / Felix Schmitt

Saba-Nur Cheema ist Politologin und Leiterin des Bereichs Pädagogik der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.

es antimuslimische oder antisemitische. Auch die Handreichung enthält dafür Übungen. Für Pädagoginnen und Pädagogen ist wichtig, vorurteilsbewusst zu agieren, nicht zuschreibend zu sprechen und zu handeln, nicht zu stigmatisieren und vor allem, Aussagen und Handlungen von Schülerinnen und Schülern im Konfliktfall nicht mit deren Identität zu erklären. In der Intervention ist zentral, Person und vermeintlichen Hintergrund des Problems zu trennen und sich allein der Handlung zu widmen, um den Konflikt zu beenden. Ich will damit nicht wegreden, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe eine Rolle spielt.

E&W: Aber …

Cheema: … aber in dem akuten Moment ist nicht wichtig, wer warum wie gehandelt hat. Später kann und sollte über die Frage, wo das Problem aus der Sicht der Beteiligten lag, durchaus gesprochen werden. In der Nachsorge kann angewendet werden, was in der Präventionsarbeit an Regeln entwickelt wurde. Insgesamt unterscheiden wir zwischen drei Phasen, die unterschiedlich zu behandeln sind: Prävention, Intervention und Nachsorge. Dazu passt, dass wir uns in unseren Workshops mit Schülerinnen und Schülern wie mit pädagogisch Handelnden anschauen, was es heißt, in einer pluralen Gesellschaft zu leben; wie wir Herkunft, Religion, Geschlecht etc. bewerten. Und wie wir im Alltag damit umgehen, also wen wir mit welchen Zuschreibungen markieren und welchen Einfluss unser Verhalten auf den jeweils anderen hat.

E&W: Brauchen Pädagoginnen und Pädagogen besondere Kenntnisse, um „religionsbedingten" Konflikten gewachsen zu sein?

Cheema: Um tatsächliche oder vermeintlich religiöse Probleme anzugehen, braucht es kein profundes Wissen – beispielsweise darüber, ob und warum das Kopftuch religiöse Pflicht ist. Man muss nicht die Inhalte der Religionen kennen, um die Glaubenspraxis von etwa Juden, Muslimen oder Buddhisten zu akzeptieren. Zu den notwendigen Kompetenzen, um mit religiöser Vielfalt konstruktiv umgehen zu können, zählen andere: der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Jugendlichen mit Blick auf ihre positive wie negative Religionsfreiheit zum Beispiel. Um religiös bedingte oder vermeintlich religiös motivierte Konflikte zu bewältigen, gilt es, den Fokus auf Grund- und Menschenrechte auf Basis unserer Verfassung zu richten.

Canan Topçu,
freie Journalistin

Bestellungen sowie pdf-Download von „(K)Eine Glaubensfrage. Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander": www.bs-anne-frank.de/k-eineglaubensfrage/

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

SIEBENBÜRGEN UND DIE MOLDAUKLÖSTER
Mythen, Legenden und unberührte Natur
div. Termine auch in den Ferien — 8-tägige Leserreise

ab € 1.098,-
p. P. im Doppelzimmer

© remonaldo/fotolia

Unternehmen Sie eine Reise auf den Spuren des wohl bekanntesten Vampirs der Literaturgeschichte. Besuchen Sie die berüchrtigte Draculaburg in Bran, eine Festung aus dem Jahr 1377, reisen Sie über die aus Bram Stokers Roman bekannten Pässe Mestecanis und Borgo nach Transsilvanien (Siebenbürgen) und besichtigen Sie in Sighisoara (Schäßburg) das schönste mittelalterliche Stadtbild des Landes, das oft als Filmkulisse zu bestaunen war. Unter anderem sehen Sie das Geburtshaus des späteren walachischen Fürsten Vlad Dracul, der als „Graf Dracula" in die Geschichte der Gruselliteratur und des Horrorfilms eingegangen ist.

Das beinhaltet unsere Reise
- Flug nach Bukarest und zurück inkl. Steuern und Gebühren
- Transfer Flughafen-Hotel-Flughafen
- Unterbringung in 4-Sterne Hotels
- Halbpension
- Abendessen im Bauernhof Sibiel
- alle Eintritte laut Programm
- durchgehende deutschsprachige Reiseleitung
- Citytax
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter **www.gew.de/verlagsreisen**
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Schuldenbremse statt Bildungsvorsorge

Foto: Presse, Senatorin für Kinder und Bildung

// Bremen ist Länder-Spitzenreiter bei der Staatsverschuldung, aber auch bei der Inklusion. Personalmangel herrscht vor allem in Inklusionsklassen, in Brennpunktschulen und in Kitas. Aus Sicht der GEW hat der rot-grüne Senat die Weichen lange Zeit nicht richtig gestellt. //

Foto: Eckhard Stengel

„Wir haben in Bremen noch keine so große Not wie andernorts“, sagt Claudia Bogedan (SPD), seit 2015 Senatorin für Kinder und Bildung, in Bezug auf den Fachkräftemangel an Schulen. Allerdings gebe es große Engpässe bei bestimmten Fächern. Zudem habe die Hansestadt ein „innerbremisches Verteilungsproblem“.

Noch nicht fertig ausgebildet – aber schon als Klassenlehrerin eingesetzt: eigentlich unvorstellbar. Eine Bremer Masterstudentin hat jedoch genau diese Erfahrung gemacht. Weil an einer Oberschule in Bremerhaven Personalnot herrschte, habe sie dort einen Vertrag über 14 Wochenstunden für rund 1.200 Euro im Monat erhalten, berichtet sie. Schon nach einem halben Jahr sei sie einem Klassenleitungsteam zugewiesen worden, mit gerade mal 24 Jahren. Von vornherein habe sie allein unterrichtet, nur gelegentlich von einer Sonderpädagogin unterstützt, erinnert sich die inzwischen 27-Jährige, die nicht mit Namen genannt werden möchte und gerade ihr Referendariat macht. „Die Kollegen haben mich gut unterstützt“, sagt sie. Trotzdem fühlte sie sich „heillos überfordert“. „Es war wie ein freiwilliger Sprung ins eiskalte Wasser.“

Dass Studierende in der Klassenleitung eingesetzt werden, ist im Zwei-Städte-Staat Bremen mit seinen gut 6.400 Lehrkräften die Ausnahme. „Wir haben mit dem Personalrat reguliert, dass das nicht sein darf“, sagt Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD). Aber für den normalen Unterricht scheinen die Nachwuchskräfte unverzichtbar zu sein. Allein in der Stadt Bremen sind laut Bildungsbehörde fast 230 junge Männer und Frauen im Einsatz – „alles Masterstudentinnen und -studenten nah am Abschluss“, wie Bogedan sagt. Beschäftigt sind sie beim Verein „Stadtteil-Schule“, der sie nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt und quasi an die Schulen ausleiht.

Trotz solcher Zustände findet Senatorin Bogedan, „dass wir in Bremen noch keine so große Not haben wie andernorts“. Es gebe durchaus Schulen mit guter Versorgung – allerdings auch solche mit größeren Schwierigkeiten. Zwei Problemlagen spielen dabei laut Bogedan eine Rolle. Zum einen die fachbezogene: Es gebe große Engpässe bei Musiklehrkräften, in den naturwissenschaftlichen Fächern und bei den Sonderpädagoginnen und -pädagogen. Letztere sind an der Weser besonders gefragt, weil Bremen Vorreiter bei der Inklusion ist. Aber der Markt ist leergefegt. Der zweite Problembereich ist aus Bogedans Sicht der regionale: „Wir haben ein innerbremisches Verteilungsproblem.“ Engpässe gebe es in abseits liegenden Stadtteilen, vor allem solchen in einer „sozial herausfordernden Situation“.

Eines der schwierigeren Quartiere heißt Gröpelingen. Im einstigen Werft- und Hafenarbeiterstadtteil leben heute viele Menschen mit Migrationshintergrund und Hartz-IV-Bezug. Am Rande von Gröpelingen hat Bremen 2012 eine neue Gesamtschule eröffnet, die Oberschule Ohlenhof, zunächst mit zwei 5. Klassen. Inzwischen lernen hier 226 Schülerinnen und Schüler, unterrichtet von 29 Lehrkräften, darunter fünf Studierende. Weil jedes Jahr weitere Klassen hinzukommen, sucht die Oberschule ständig nach neuem Personal.

Inklusion ohne Fachkräfte

In einem großen Büro voller Schreibtische und Akten sitzen Schulleiterin Silke Reinders und ihre Vertreterin Irmgard Körner. „Fürs nächste Schuljahr brauchen wir ungefähr acht neue Lehrkräfte“, erzählt Reinders. „Bisher haben wir nur vier gefunden.“ Eine Physiklehrkraft ist nicht dabei. „Natürlich wäre es toll, wenn wir mal einen Physiklehrer an der Schule hätten“, findet die Leiterin. In vier von elf Klassen sitzen Kinder

mit attestiertem Förderbedarf. Doch die Inklusion findet weitgehend ohne Fachpersonal statt. „Gestern haben wir unsere einzige Sonderpädagogin verloren“, bedauert Reinders. Ersatz ist nicht in Sicht. Allem Personalmangel zum Trotz schafft es die Schulleitung, bei der Stundenplangestaltung Doppelbesetzungen einzubauen: mindestens 15 Wochenstunden in Inklusionsklassen, fünf Stunden in den anderen. Aber wehe, wenn die Grippe grassiert oder eine Lehrerin schwanger wird. Dann bleibt das Team-Teaching auf der Strecke. Vertretungskräfte fehlen.

Gar nicht aufrechtzuerhalten wäre die Unterrichtsversorgung ohne die fünf Masterstudierenden. „Das sind alles unheimlich engagierte Kräfte“, lobt Reinders. Auch die 24-jährige Elif Kavadar unterrichtet stundenweise in Gröpelingen. „In den ersten Wochen war das schon sehr schwierig“, erzählt die angehende Deutsch- und Geschichtslehrerin. „Man muss von 0 auf 100 Unterricht machen.“

Was lässt sich gegen die Personalnot tun? Bei Studienanfängern müssten die Mangelfächer „offensiver beworben werden“, schlägt Reinders vor. Und Körner wünscht sich finanzielle Anreize für den Lehrerberuf: „A13 für alle!“

Besonders verzweifelt sind einige Grundschulen. In Blumenthal, einem sozial belasteten Stadtteil am Nordrand Bremens, schrieben Lehrkräfte sogar schon Gefährdungsanzeigen. „Basteln und Aufräumen statt Unterricht“, betitelte der „Weser-Kurier“ einen Bericht über die Folgen des Fachkräftemangels dort. „Alle Bundesländer haben zu wenig ausgebildet“, diagnostiziert die seit 2015 amtierende Senatorin Bogedan. Allerdings habe man nicht wissen können, dass der Bedarf so steigen würde. „Jahrzehntelang wurde immer behauptet: Deutschland stirbt aus. Inzwischen haben wir eine komplette Schubumkehr – durch die Zuwanderung und den Anstieg der Geburtenraten.“ Das Wachstum werde weitergehen, auch durch Geflüchtete: „Monat für Monat stehen hier 50 Kinder jeden Alters vor der Tür.“

Trotz extremer Haushaltsnotlage investiert das kleinste Bundesland jetzt verstärkt in die Ausbildung: Die Zahl der Referendariatsplätze wurde von 450 auf 600 aufgestockt. „Die eigene Ausbildung ist der Königsweg“, findet die Senatorin. Deshalb startet die Bremer Universität ab Herbst auch wieder einen Studiengang für Sonderpädagogik an Oberschulen und Gymnasien, nachdem sie ein ähnliches Angebot erst vor wenigen Jahren weggespart hatte. Das sei damals ein Fehler gewesen, so Bogedan. „Hinterher ist man immer schlauer.“

„Weichen nicht richtig gestellt“

Foto: privat

Bernd Winkelmann

„Schuldenbremse statt Bildungsvorsorge“ war eine der Leitlinien bremischer Bildungspolitik. In der Realität heißt das:

- Ignorieren der demografischen Daten des (Lehr-) Personals;
- falsche Prognosen mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung;
- Einführung anspruchsvoller Bildungskonzepte in Kita und Schule ohne personelle Absicherung;
- zögerliches Verharren bei den Ausbildungskapazitäten bis hin zur Schließung von Studiengängen.

Die Fehler der Vergangenheit wirken sich umso drastischer aus, je ärmer ein Bundesland ist, das in der Konkurrenz etwa um Fachkräfte nur schwer bestehen kann. So richtig Maßnahmen wie die Erhöhung der Referendariatsplätze sind, so begrenzt bleiben sie auf Sicht. Dringender denn je benötigen wir eine Bildungsgesamtplanung.

Bereits 2009 legten die fünf norddeutschen GEW-Landesverbände eine Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm vor, der einen jährlichen Bedarf von 2.500 zusätzlichen Pädagoginnen und Pädagogen für den Norden ermittelte – vor der Inklusion und vor der zunehmenden Migration.

Wer wollte, konnte Bescheid wissen. Trotzdem wurden die personalpolitischen Weichen nicht richtig gestellt. Deshalb mühen sich die Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen umso mehr. Hunderte Kolleginnen und Kollegen engagieren sich, Fachkraft zu werden – berufsbegleitend.

Wir benötigen umfangreiche Qualifizierungen für Neupädagoginnen und -pädagogen, Weiterbildung für Fachkräfte und einfach mehr Menschen für die Bildungsberufe. Also ein Personalentwicklungskonzept, das den Namen verdient: umfangreich, detailliert, vertiefend. Und eine höhere Attraktivität, die mehr Menschen in die Bildungsberufe zieht.

Bernd Winkelmann, GEW-Landesvorstandssprecher Bremen

Bremen in Zahlen

Die Städte Bremen und Bremerhaven, die gemeinsam das kleinste Bundesland bilden, unterhalten 155 allgemeinbildende Schulen. Gut 6.400 Teil- und Vollzeitkräfte unterrichten rund 60.000 Schülerinnen und Schüler.

Knapp 40 Vollzeitstellen sind derzeit nicht besetzt. Die Schülerzahl dürfte bis 2024 auf 66.600 steigen. Allein für die Stadt Bremen rechnet die Bildungsbehörde mit einem Mehrbedarf von über 270 Grundschul- und Sek-I-Vollzeitstellen bis 2025, zusätzlich zu den 400 Stellen, die hier nach Pensionierungen neu besetzt werden müssen.

Die 98 kommunalen Krippen, Kitas und Horte in beiden Städten betreuen fast 11.000 Kinder. Im kommenden Kita-Jahr kommen 1.600 Plätze hinzu.

Der kommunale Träger „Kita Bremen“ hat fast 1.400 pädagogische Kräfte im Einsatz, in Bremerhaven arbeiten gut 450. Allein bei „Kita Bremen“ sind zurzeit 70 Stellen nicht besetzt. Stg

Quelle: Bremer Bildungsbehörde und „Kita Bremen“

Neben Neulingen sollen auch alte Hasen die Personallücken schließen: Im März schrieb die Bildungsbehörde 550 Lehrkräfte an, die in den vergangenen drei Jahren in Pension gegangen waren.

Pensionäre und Seiteneinsteiger

Neun von ihnen kehrten daraufhin zumindest stundenweise in den Schuldienst zurück. 69 weitere Ruheständler hatten sich schon in den Monaten zuvor als Nothelfer zur Verfügung gestellt, 15 Lehrkräfte schieben ihren Ruhestand freiwillig hinaus. Seiteneinsteiger wie etwa Diplom-Mathematiker sollen ebenfalls an die Bremer Schulen gelockt werden: 30 von ihnen dürfen künftig vor die Klassen treten, wenn sie sich berufsbegleitend zur Lehrkraft weiterbilden.

Schon bestehende Lücken zu füllen, ist eine Herausforderung. Darüber hinaus möchte die rot-grüne Koalition aber auch die Standards anheben und eine durchgängige Doppelbesetzung in Inklusionsklassen einführen. Bogedan wagt keine Prognose, wann dafür genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Die GEW schätzt den Mehrbedarf auf mehrere Hundert Stellen.

Erzieherinnen gesucht

Auch die Kitas suchen händeringend nach Personal. Angesichts stark steigender Kinderzahlen rechnet die Bildungsbehörde damit, dass die städtischen und privaten Einrichtungen bis 2020 etwa 600 bis 750 zusätzliche pädagogische Fachkräfte brauchen. Eine gerade angelaufene Werbekampagne „Komm ins Team“ soll Lust auf den Beruf machen. Außerdem startet im August die „Praxisintegrierte Ausbildung“ („PiA“) – eine Kombination aus Fachschulbesuch und bezahltem Kita-Einsatz – mit Platz für 50 Nachwuchskräfte.

Und was macht die studentische Klassenlehrerin aus Bremerhaven? Sie lebt inzwischen als Referendarin in Berlin. Im Nachhinein fühlt sie sich „schon sehr ausgenutzt“. Andererseits, sagt sie, habe sie viele wertvolle Erfahrungen gewonnen. Von ihrem Berufswunsch ließ sie sich jedenfalls nicht abbringen: „Abgeschreckt hat es mich nicht, abgehärtet wohl eher.“

Eckhard Stengel,
freier Journalist

Foto: dpa

Eltern protestierten Anfang des Jahres gegen den massiven Personalnotstand in den Bremer Kitas.

„Überlastet und frustriert“

// Birgit Hahne, Leiterin der kommunalen Kita Haferkamp in Bremen-Walle, über den Fachkräftemangel im Kita-Bereich //

Foto: Eckhard Stengel

Birgit Hahne

E&W: Verärgerte Bremer Eltern wollen 20 Prozent ihrer Kita-Beiträge einbehalten, weil die Betreuung zu häufig ausfällt …

Birgit Hahne: Die Verärgerung ist für mich absolut nachzuvollziehen. Aber rechtlich ist das natürlich nicht möglich.

E&W: Wo brennt es am meisten?

Hahne: Es brennt allerorten. Zum Beispiel bei Vertretungsdiensten. Unser kommunaler Träger „Kita Bremen“ hat zwar einen Vertretungspool, aber der reicht nicht aus, um krankheitsbedingte Ausfälle aufzufangen.

E&W: Welche Folgen hat das für den Kita-Alltag?

Hahne: Die qualitative Arbeit leidet massiv. Oft geht es nur noch darum, Kinder zu wickeln, sie zu verpflegen und die Aufsichtspflicht zu erfüllen. Weitergehende Angebote fallen häufig aus. Wenn bei uns die Betreuungsquote wegen Krankheit unter 1:16 fällt, muss ich einen Notdienst einrichten und einen Teil der Kinder nach Hause schicken. Das passierte in der Vergangenheit leider oft.

E&W: Wie geht es den Beschäftigten dabei?

Hahne: Sie sind überlastet. Und als hochqualifizierte Kräfte sind sie frustriert, dass die inhaltliche Arbeit brachliegt. Unter dem allgemeinen Druck steigt natürlich auch der Krankenstand.

E&W: Wer hat Schuld am Personalmangel?

Hahne: Ich rede ungern von Schuld. Künftig sollten die Bevölkerungsprognosen sensibler und vorausschauender ermittelt werden. Außerdem müssten mehr Plätze für die Fachkräfteausbildung vorgehalten werden. Und die Bezahlung muss attraktiver werden.

E&W: Der rot-grüne Bremer Senat will 1,1 Millionen Euro zusätzlich für die Inklusion in den Kitas bereitstellen. Reicht das?

Hahne: Bremen hat die Personalmittel für Inklusion seit 2008 nicht erhöht, obwohl sich die Zahl der Kinder mit Förderbedarf fast verdoppelt hat. Wenn Inklusion mehr sein soll als das bloße Reinstopfen in eine gemeinsame Gruppe, dann kommt man mit 1,1 Millionen Euro nicht besonders weit.

Interview: Eckhard Stengel,
freier Journalist

Mit Rat. Und Tat?

// Wer trifft die Entscheidung, welche Studiengänge ein Qualitätssiegel erhalten? Die Akkreditierung ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts neu geregelt worden. Auch die Zusammensetzung des Akkreditierungsrates hat sich geändert. //

Bislang haben Akkreditierungsagenturen – Vereine oder Stiftungen, die auf Initiative von Hochschulen oder Bundesländern gegründet wurden – die Entscheidung darüber getroffen, welche Studiengänge ein Qualitätssiegel bekommen. Dies ist laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2016 jedoch verfassungswidrig: Wesentliche Entscheidungen zur Akkreditierung von Studiengängen dürfe „der Gesetzgeber nicht anderen Akteuren überlassen“, urteilten die Verfassungsrichter. Nach einer gesetzlichen Neuregelung liegt die Entscheidungsmacht seitdem beim Akkreditierungsrat der Länder.

Die Akkreditierungsagenturen werden dennoch nicht überflüssig: Auf der Basis ihrer Gutachten trifft der Akkreditierungsrat seine Entscheidungen. „Wir gehen davon aus, dass ein Großteil der Verfahren unstrittig ist“, sagt Olaf Bartz, Geschäftsführer der Stiftung Akkreditierungsrat. „Wenn es keinen Hinweis gibt, dass etwas nicht stimmig ist, wird sich der Akkreditierungsrat in der Regel den Einschätzungen der Agenturen und ihrer Gutachtergremien anschließen.“

Die 23 Mitglieder des Akkreditierungsrats beurteilen künftig nicht nur die Qualität einzelner Studiengänge, sondern auch die hochschuleigener Qualitätssicherungssysteme: Erhält eine Hochschule für ein eigenes System das Siegel des Akkreditierungsrats, ist sie berechtigt, Studiengänge eigenverantwortlich zu akkreditieren.

Mehr Fachexpertise

Holger Burckhart, Rektor der Universität Siegen und stellvertretender Vorsitzender des Akkreditierungsrats, spricht den Hochschulen die Kompetenz, eigene Leistungen zu beurteilen, nicht ab. Er ist jedoch überzeugt: „Der Blick von außen hat eine andere Qualität als der hochschulinterne.“ Dazu trage auch die neue Zusammensetzung des Rates bei. Acht Professorinnen und Professoren bilden die Mehrheit: „Früher waren vor allem Rektoren im Rat vertreten, nun können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Fachexpertise einbringen“, so Burckhart. Darüber hinaus bestimmen Vertreterinnen und Vertreter der Länder, aus der Berufspraxis, aus dem Ausland und der Studierendenschaft mit. Neu in den Rat gewählt wurde Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung. Er freut sich darauf, in den nächsten vier Jahren seine Expertise einbringen zu können: „Ein Qualitätsmerkmal für ein gutes Studium ist für mich eine angemessene Ressourcenausstattung“, sagt Keller. Dazu gehöre auch, dass Hochschullehrer Vorlesungen halten und Seminare leiten: „Wenn hauptsächlich Lehrbeauftragte oder wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zeitverträgen die Lehre übernehmen, lässt sich daraus schließen, dass dieses Qualitätsmerkmal nicht gesichert ist.“

Keller will sich auch für einen stärkeren fachpraktischen Blick im Akkreditierungsverfahren einsetzen. „Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet bei der Akkreditierung von Lehramtsstudiengängen keine Lehrkräfte und Schulleitungen, sondern Vertreter der Kultusministerkonferenz mitwirken sollen“, kritisiert der GEW-Vize. Er fordert die Länder auf, Fachleute aus der Berufspraxis im Akkreditierungsverfahren zuzulassen.

Britta Mersch,
freie Journalistin

Foto: dpa

Gut studieren? Dafür soll jetzt der Akkreditierungsrat der Länder, in dem auch die GEW vertreten ist, sorgen.

Eindrücke, die im Gedächtnis bleiben

// Fußballfans, Vereins- und Fanprojekt-Mitarbeiter haben im Frühjahr an einer Gedenkstättenfahrt des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nach Auschwitz teilgenommen. Auch viele Vereine wollen ihre Fans über Anknüpfungspunkte an die Vereinsgeschichte für die Gräueltaten der Nazis sensibilisieren. //

Lukas Keuser ist Mitarbeiter des Fanprojekts in Trier. In seinem Alltag begleitet der Sozialpädagoge die Fans des in die Oberliga abgestürzten Traditionsvereins Eintracht Trier und organisiert Veranstaltungen zu Themen wie Rassismus oder Jugendkulturen. Keuser, der sich seit Jahren mit der Geschichte Trierer Juden beschäftigt, musste nicht lange überlegen, als er von der Ausschreibung der Kulturstiftung des DFB für eine Gedenkstättenfahrt nach Oświęcim hörte. Keuser bereitete gerade einen Vortrag über Heinz Kahn vor, einen jüdischen Mitbürger aus Trier, der im gleichen Zug saß wie viele Hundert Menschen, die von den Nazis in Auschwitz umgebracht wurden. Kahn überlebte. Er war bei seiner Ankunft 20 Jahre alt.

Der Fußballspieler Julius Hirsch, der mit dem Karlsruher FV und mit der Spielvereinigung Fürth 1910 und 1914 Deutscher Meister geworden war, war 30 Jahre älter. Er überlebte nicht. Anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation Hirschs fand die Gedenkstättenfahrt des DFB statt.

Unter mehr als 80 Bewerbungen wählte die Organisatorengruppe 30 Fans, Vereins- und Fanprojekt-Mitarbeiter aus, die vom 21. bis 25. März nach Polen reisten. Auf dem Programm standen der Besuch der drei großen Auschwitz-Lagerteile sowie der Stadt Oświęcim. Bevor die Nazis einfielen, lebten dort 14.000 Menschen, die Hälfte davon jüdischen Glaubens. Heute hat die Stadt 38.000 Einwohner, die alte Synagoge kann noch besichtigt werden, doch Juden leben keine mehr hier. Es sind Eindrücke und Erkenntnisse wie diese, die Keuser und den anderen im Gedächtnis bleiben werden. Wie die schrecklichen Bilder aus den Lagern.

Nach dreieinhalb Stunden Führung durch die Gedenkstätte steht die Gruppe vor einem unscheinbaren Flachbau. Ein großer Schornstein ragt heraus: Hier, im ersten Krematorium des Stammla-

Fußballfans in Auschwitz. Sie gedenken des 75. Jahrestages der Deportation des Fußballspielers Julius Hirsch, der in den Gaskammern Birkenaus ermordet wurde.

Fotos: Björn Hegemann

gers, wurden die Leichen der Menschen verbrannt, die die Nazis kurz zuvor umgebracht hatten. SS-Angehörige warfen durch Dachluken Zyklon-B-Granulat in die vermeintlichen Duschräume, in Wirklichkeit Gaskammern. Bis zu einer Viertelstunde dauerte der Todeskampf der Menschen. Dann kamen die „Sonderkommandos“, meist junge Juden, die dazu gezwungen wurden, und brachen den grotesk verrenkten Leichen das Zahngold aus den Mündern.

Was ist schrecklicher? All das zu erfahren, die gusseisernen Verbrennungsöfen zu sehen? Und zu wissen, dass Millionen Menschen hier ermordet wurden. Oder zu hören, wie besorgt sich Hedwig Höß im Sommer 1944 um die Gesundheit ihrer fünf Kinder zeigte? Die Gattin des Lagerkommandanten residierte in einer konfiszierten Villa auf der anderen Seite des Zauns, etwa hundert Meter neben dem Krematorium. Berührt hat sie diese Nähe nur insofern, als sie ihre Kinder ermahnte, die Erdbeeren aus dem Garten bloß gut abzuspülen. Zuweilen hing schließlich Asche an den Früchten.

Nach Ankunft vergast

Sofort nach ihrer Ankunft ermordet wurden im Frühling des Jahres 1943 alle Menschen, die jünger als 15 oder älter als 45 Jahre waren, alle Gebrechlichen, Schwangeren. Auch Julius Hirsch, der 50 Jahre alt war, als er in Auschwitz ankam. Andere schufteten noch ein paar Wochen für Hitlers Tausendjähriges Reich, dann wurden auch sie umgebracht.

„Vieles habe ich natürlich gewusst“, wird Keuser nach seiner Rückkehr von der Gedenkstättenfahrt sagen. Auch über die Biografie von Hirsch. Dessen Leben als Fußballer, die Verschleppung, die Ankunft im Vernichtungslager, den kurzen Weg von der Rampe bis zur Gaskammer. „Aber trotz allen Hintergrundwissens – es ist noch mal etwas ganz anderes, dann wirklich an der ‚alten Rampe‘ in Birkenau zu stehen und zu wissen, dass hier die Menschen selektiert wurden“, sagt der Sozialpädagoge. „Hierhin der damals 20-jährige Kahn, dessen Arbeitskraft man auf der Baustelle der IG Farben in Auschwitz-Monowitz noch ausbeuten wollte – und hierhin Hirsch, den man aufgrund seines Alters gleich ermordet hat.“

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass sich der DFB einer solchen Thematik widmet. Der sieben Millionen Mitglieder starke Verband hat immer noch das Image einer sehr konservativen Organisation. Doch zumindest im gesellschaftspolitischen Bereich hat ein Wandel stattgefunden – vor allem unter der Ägide des ehemaligen Präsidenten Theo Zwanziger. Seit 2005 vergibt der DFB einen nach Julius Hirsch benannten Preis, der Initiativen und Gruppierungen auszeichnet, die sich gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus engagieren.

Konzipiert und organisiert haben die Gedenkstättenfahrt Daniel Lörcher, seit 2013 Fanbeauftragter bei Borussia Dortmund (BVB), der Berliner Historiker Andreas Kahrs, die Historikerin und Archivarin des Erstligisten Hertha BSC, Juliane Röleke, und Fanforscher Robert Claus. Bis er die Stelle beim BVB antrat, war Lörcher Vorsänger der größten Dortmunder Ultragruppe „The Unity“, die 2011 im Anschluss an ein Auswärtsspiel aus eigenem Antrieb Auschwitz besuchte. Auch Claus, der ein Buch über Hooligans geschrieben hat, und Kahrs, der lange in der Fanszene des FC St. Pauli engagiert war, haben keinen rein akademischen Bezug zum Fußball. Sie sind selbst Fußballfans. Wenn man mit anderen Fans spricht, vereinfacht das vieles.

Vor den Fahrten, die der BVB nach Auschwitz unternahm, hatten sich die Fans lange mit der Geschichte von Hans Frankenthal beschäftigt, der 1942 nach Auschwitz deportiert worden war und 1999 in Dortmund starb. Beim FC Bayern hat eine Fangruppe eine Stiftung gegründet, die im Namen des ehemaligen jüdischen Präsidenten Kurt Landauer wirkt und sich gegen Antisemitismus engagiert. Bei Schalke 04 haben Fans dafür gesorgt, dass der Verein seine NS-Geschichte aufarbeitet. Unter anderem organisierten Fans von Fortuna Düsseldorf, 1860 München, dem FC St. Pauli, Hertha BSC Berlin oder dem Karlsruher SC bereits Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz. Anknüpfungspunkte an die jeweilige Vereinsgeschichte gab es überall. Mal wurden Spieler verfolgt oder ermordet, mal Funktionäre, mal – wie bei Hertha BSC – der Mannschaftsarzt Dr. Hermann Horwitz.

„Der Ansatz, die NS-Zeit auch anhand ihrer Auswirkungen auf die Vereinsgeschichte begreifbar zu machen, hat sich bewährt“, findet Kahrs. „Und Julius Hirsch ist mittlerweile ja auch weit über Karlsruhe hinaus als historische Persönlichkeit bekannt.“ Am dritten Tag der Gedenkstättenfahrt erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Details zu seinen letzten Lebensjahren, die den absurden Rassenwahn der NS-Potentaten exemplarisch zeigen. Hirsch, der sich kurz zuvor von seiner evangelischen Ehefrau Ella hatte scheiden lassen, um sie und die Kinder zu schützen, wurde am 1. März 1943 von seiner Heimatstadt Karlsruhe aus deportiert. Der Zug mit dem Zielort Auschwitz-Birkenau fuhr über Stuttgart, Dortmund, Bielefeld, Hannover und Dresden nach Osten. Überall wurden weitere Menschen in den Zug gepfercht, der mit über 1.300 Insassen aus dem gesamten Reichsgebiet in der Nacht auf den 4. März 1943 das Lager erreichte. Hirsch wurde, wie die meisten der anderen Verschleppten, vermutlich wenige Stunden nach seiner Ankunft in einer von zwei zu dieser Zeit provisorischen Gaskammern ermordet.

Hirsch war im Ersten Weltkrieg Frontsoldat. Er hat es nie verwunden, dass ihn das Land, für das er im Krieg war und für das er sieben Länderspiele bestritten hat, ausstieß. Dass die Nazis ihm nach dem Leben trachten würden, hielt er bis zuletzt für ausgeschlossen, die Möglichkeit, in die Schweiz zu fliehen, ließ er verstreichen. Hirsch war zeitlebens ein konservativer, national gesonnener Mensch. Ermordet wurde er zusammen mit Kommunisten und jungen Zionisten aus Westfalen, die kurz vor der Ausreise nach Jerusalem von den Nazis verhaftet worden waren. Auch deren Biografien bespricht die Gruppe. Denn eines will Kahrs bei aller Konzentration auf Julius Hirsch unbedingt vermitteln: „Man darf nicht so tun, als stehe er als Opfer stellvertretend für den Rassenwahn der Nazis. In Auschwitz sind Menschen ermordet worden, die nichts gemein hatten, außer, dass sie von den Nationalsozialisten zu Juden erklärt wurden.“

Christoph Ruf,
freier Journalist

Megathema Digitalisierung

// Digitalisierung war das Megathema des 21. DGB-Bundeskongresses, der Mitte Mai in Berlin tagte. Das „Parlament der Arbeit“ diskutierte über die Gestaltung der gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die durch die Digitalisierung ausgelöst werden. Einen eigenständigen Antrag zum Thema Bildung gab es diesmal nicht. //

„Wir können und werden die großen Umbrüche unserer Arbeitswelt und unserer Gesellschaft demokratisch, sozial gerecht und nachhaltig gestalten“, kündigte der alte und neue DGB-Chef Reiner Hoffmann in seiner Grundsatzrede an. Dies gilt insbesondere für die radikalen Umwälzungen, die die Digitalisierung mit sich bringt. Einerseits sehen die Gewerkschaften „enorme Potenziale für soziale, ökologische und wirtschaftliche Innovationen, für die Humanisierung der Arbeit und nicht zuletzt für die demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Emanzipation“, wie im Leitbeschluss „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa“ formuliert. Andererseits verschließen sie nicht die Augen davor, dass sich Wertschöpfungs-, Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen grundlegend verändern: „Big Data-Anwendungen und ‚künstliche Intelligenz‘ verändern nicht nur Geschäfts- und Marktmodelle, sondern auch Gesellschafts- und Machtverhältnisse“, heißt es im Beschluss weiter. Damit der digitale Kapitalismus Beschäftigte nicht zu grenzenlos arbeitenden digitalen Tagelöhnern degradiert, „Maschinen und Algorithmen die Kontrolle über unser Leben übernehmen“ (Hoffmann), machen sich die Gewerkschaften für eine Digitalisierungsstrategie stark. Sie verlangen von der Bundesregierung, die politische Diskussion um „Arbeit 4.0“ in konkretes Handeln zu übersetzen. „Aus technischem muss sozialer Fortschritt gemacht werden“, nahm Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den Ball vor den Delegierten auf. „Wer Digitalisierung mit Ausbeutung verwechselt, hat mich zum Gegner.“

Konkret wollen die Gewerkschaften eine neue Bildungsstrategie initiieren, um den digitalen Wandel zu bewältigen: Die Menschen sollen lebenslang lernen und sich selbstbestimmt weiterentwickeln können. Dabei sollen die berufliche Weiterbildung und der Erhalt beruflicher Handlungskompetenzen besonders gefördert werden.

Die GEW hat dafür gesorgt, dass Bildungsthemen in vielen Beschlüssen wie zum „Handlungsfähigen Staat“ eine wichtige Rolle spielen. Vorsitzende Marlis Tepe stellte vor den Delegierten fest, dass alles mit guter Bildung beginne: „Mehr Geld für Bildung. Das muss es uns wert sein“, warb sie für zusätzliche Mittel. Tepe machte aber auch deutlich, dass es nicht darum gehe, die unterschiedlichen Bereiche bei der Finanzierung gegeneinander auszuspielen: „Es lässt sich nicht alles umsetzen.“ Aber die zusätzlichen elf Milliarden Euro, die der Koalitionsvertrag von CDU und SPD vorsieht, reichten nicht aus, um beispielsweise allein den Sanierungsstau an Kitas (4,6 Milliarden), Schulen (32,8 Milliarden) und Hochschulen (50 Milliarden) aufzulösen. In Deutschland seien die Bildungschancen der Kinder weiter eng an deren soziale Herkunft gekoppelt. Deshalb sollen Mittel nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern auf Grundlage eines Sozialindex verteilt werden: „Wir müssen in Schulen und Kitas, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, mehr Geld als in andere reinstecken“, betonte Tepe. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstrich auf dem DGB-Kongress den hohen Stellenwert von Bildung. Sie verwies auf den Digitalisierungspakt und die Weiterbildungsstrategie der Großen Koalition, die unter anderem ein Recht auf Beratung durch die Bundesagentur für Arbeit vorsieht. Merkel versprach, dass sich der Bund künftig auch finanziell stärker in der Bildung engagieren und dafür das Grundgesetz ändern werde.

Foto: DGB/Uwe Voelkner/FOX

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe warb beim DGB-Bundeskongress für zusätzliche Mittel: „Mehr Geld für Bildung. Das muss es uns wert sein!“

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

DGB-Bundesvorstand wiedergewählt

Die Delegierten des 21. DGB-Bundeskongresses haben den vierköpfigen Vorstand in seinen Ämtern bestätigt. Vorsitzender bleibt Reiner Hoffmann. Er erhielt 76,3 Prozent der Stimmen. Das beste Einzelergebnis erzielte Elke Hannack, die mit 86,5 Prozent zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Sie verantwortet den Bereich Bildung. Stefan Körzell erhielt bei seiner Wiederwahl als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands 83,6 Prozent, Annelie Buntenbach, seit 2006 im Vorstand, 81,2 Prozent.

GEW-Finanzchefin Petra Grundmann wählten die Delegierten mit 95,5 Prozent zur Revisorin. Ihr zur Seite stehen in der Revisionskommission Jürgen Kerner (IG Metall) und Harald Schaum (IG BAU). ur

Es geht nicht ums Raufen

// In der Primarstufe herrscht weiterhin ein deutlicher Mangel an männlichen Pädagogen. An Grundschulen arbeiten zu gut 90 Prozent Frauen. Initiativen an Hochschulen wollen das ändern. Die GEW fordert eine bessere Bezahlung. //

An Grundschulen herrscht Lehrermangel. Die nicht gendergerechte Sprache ist ausnahmsweise korrekt: Viele Kinder erleben erst auf der weiterführenden Schule einen männlichen Pädagogen. An einigen Hochschulen – etwa in Hamburg und Hildesheim – sind deshalb Projekte entstanden, die um mehr Männer werben. An der Uni Bremen läuft seit 2012 das Projekt „Rent a Teacherman"* (Leih dir einen Lehrer), das männliche Studierende an Grundschulen vermittelt; die Honorare der Hilfskräfte auf Zeit bezahlt die Bildungsverwaltung. „Weder Jungen noch Mädchen sollten den Eindruck bekommen, es sei ausschließlich Frauensache, sich professionell um kleinere Kinder zu kümmern", betont Christoph Fantini vom Fachbereich Erziehungswissenschaften.

Vermintes Gender-Terrain

Das Thema landet schnell im Minenfeld der Gender-Debatte. So haben maskulinistisch orientierte Gruppen männliche Schüler als „Bildungsverlierer" einer angeblich „feminisierten" Schule ausgemacht. Forscherinnen dagegen warnen vor Rollenklischees. Die Hamburger Pädagogik-Professorin Hannelore Faulstich-Wieland spricht von einer „Dramatisierung des Geschlechts". Ähnlich argumentiert der Soziologe Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin: Nach seinen Studienergebnissen hat das Geschlecht der Lehrenden nachrangige Bedeutung, jedenfalls seien Kolleginnen nicht „für den geringeren Schulerfolg der Jungen verantwortlich".

Foto: Dominik Buschardt

Hat das Geschlecht des Lehrenden nachrangige Bedeutung? Oder braucht man mehr Lehrer an Grundschulen? Der Ruf nach Männern birgt stets die Gefahr, Stereotype zu bedienen.

Der Ruf nach mehr Männern birgt stets die Gefahr, Stereotype zu bedienen. „Ich raufe nicht die ganze Zeit mit den Jungs und spiele auch nicht dauernd Fußball", sagt ein Student über seine Erfahrungen bei „Rent a Teacherman". „Lehrerinnen und Schulleiterinnen reagieren begeistert, wenn wir ihnen männliche Helfer schicken", berichtet Fantini. Diese leisten Unterstützung etwa im Sexualkundeunterricht oder assistieren als Betreuer bei Klassenfahrten. Eine nennenswerte Anzahl von Männern an Schulen sei ein wichtiges Korrektiv – nicht, weil Lehrer „besser", sondern weil sie anders sind und die Situation bereichern.

Bezahlung und Image

Was hält männliche Studienanfänger davon ab, das Grundschullehramt zu wählen? Zum einen die finanziellen Aussichten: Sie verdienen an Grundschulen bis zu 500 Euro weniger als am Gymnasium – im Monat. Mit der aktuellen „JA13"-Kampagne, mit der ein besserer Verdienst, nämlich A13 (Beamte) und E13 (Angestellte), für alle voll ausgebildeten Lehrkräfte erkämpft werden soll, versucht die GEW gegenzusteuern**. Zudem gab die Max-Traeger-Stiftung der Bildungsgewerkschaft in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium eine – noch unveröffentlichte – Expertise in Auftrag. Olaf Stuve und Thomas Viola Rieske vom Berliner Forschungsinstitut Dissens untersuchen darin, „wie Geschlechtervielfalt in Kollegien von Grundschulen erreicht werden kann". Die Gründe für den niedrigen Männeranteil sehen die Verfasser neben der Bezahlung auch darin, dass möglichen Interessenten „durch verbreitete Männlichkeitsbilder Wege in pädagogische Tätigkeitsfelder erschwert werden". Viele junge Männer sind nach wie vor von traditionellen Rollenvorstellungen beeinflusst. An Autos zu schrauben oder an Maschinen zu tüfteln, gilt im Umfeld der Gleichaltrigen oft mehr als die Arbeit mit Kindern. Abschreckend wirkte auch die – wichtige – Diskussion um sexuellen Missbrauch, die männliche Pädagogen mit Pädokriminalität in Verbindung brachte.

Die Dissens-Autoren halten es für wichtig, „das öffentliche Bild des Berufs so zu korrigieren, dass die Vielseitigkeit sowie die didaktischen Erfordernisse der Tätigkeit bekannt und wertgeschätzt werden". Auch Fantini wünscht sich einen Imagewandel. An den Grundschulen gehe es „keineswegs nur um Einmaleins, Singen und Basteln". Bei der Bildungsgerechtigkeit setze die Primarstufe sogar entscheidende Impulse, dieses Profil müsse man herausstellen: „Dann sagen gerade Männer, die politisch engagiert und vielleicht auch noch mutig sind: Das ist für mich kein Kinderkram!"

Thomas Gesterkamp,
freier Journalist

***Rent a Teacherman: www.maenner-in-die-grundschule.de**
****s. E&W 11/2017 und 1/2018 zum Thema „JA13"**

Keine Schulen von gestern bauen

// Schulen leiden einerseits unter gewaltigem Sanierungsstau, andererseits müssen sie immer neue Aufgaben bewältigen. Was heißt das für die Finanzierung und Planung von Schulgebäuden? Ein Gespräch mit Prof. Martin zur Nedden, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). //

E&W: Kaputte Schulgebäude, Schimmel an den Wänden, unhygienische Toiletten: Um diese Mängel zu beseitigen, beschloss die Bundesregierung 2016, 3,5 Milliarden Euro an finanzschwache Kommunen zu zahlen. Weitere zwei Milliarden Euro sollen nun für den Ausbau des Ganztags bereitgestellt werden. Also Licht am Ende des Tunnels?

Martin zur Nedden: Ein positives Signal. Neben dem finanziellen Aspekt ist aber auch die Umsetzung wichtig. Es gibt Kapazitätsengpässe bei der Bauindustrie, auch infolge anderer Aufgaben wie dem Wohnungsbau. Zudem sind die freien Planungsbüros ausgebucht. Das führt zu erheblichen Problemen.

E&W: Die Kommunen haben doch eigene Planungsabteilungen. Wie sieht es damit aus?

Zur Nedden: Dort fehlen ebenfalls Kapazitäten. Der Personalbestand in den städtischen Bauämtern ist in den vergangenen 20 Jahren drastisch reduziert worden. Das ist nicht unbedingt ein Versäumnis der Städte. Diese wurden von den kommunalen Aufsichtsbehörden zum Personalabbau angehalten, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. „Gespart“ haben wir aber nur vordergründig. Tatsächlich wurde Substanz verzehrt.

E&W: Was fordern Sie, um den Sanierungsstau zu beseitigen?

Zur Nedden: Die Kommunen brauchen mittel- und langfristige Finanzierungssicherheit, um Bestandspflege und Neubau sinnvoll betreiben zu können. Ad-hoc-Aktionen bergen die Gefahr, dass es zu suboptimalen Ergebnissen kommt, da der erforderliche Planungsvorlauf fehlt.

E&W: Der Ganztag wird ausgebaut. Kinder und Heranwachsende verbringen viel mehr Zeit in der Schule als früher. Wie muss die Planung darauf reagieren?

Zur Nedden: Man braucht andere Aufenthaltsqualitäten sowohl in den Gebäuden wie auf den Freiflächen. Vielfältige Nutzungen müssen möglich sein. Ganztagsschule ist Teil der Lebenswelt und nicht nur „Kinderaufbewahrungsort“.

E&W: Inklusion, Digitalisierung, neue Lernformen: Wie sieht die Schule aus, die dem gerecht wird?

Zur Nedden: Wichtig sind flexible Grundrisse, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen, unter anderem durch das Zuschalten oder das Wegnehmen von Flächen. Wir brauchen Räume, die unterschiedliche Vermittlungsformen erlauben und nicht nur Frontalunterricht.

E&W: Welche Chancen bietet das Zusammenlegen von Schulen mit anderen Bildungseinrichtungen?

Zur Nedden: Chancen für Synergien, etwa durch die Zusammenarbeit mit Quartierseinrichtungen. Dann wird ein Objekt nicht nur am Tag genutzt, sondern zum Beispiel auch für abendliche Aktivitäten. Das kann inhaltlichen und finanziellen Mehrwert erzeugen. Dazu ist wichtig, alle zukünftigen Nutzer frühzeitig in die Planung einzubinden.

E&W: Kennen Sie Schulgebäude, die für die Herausforderungen der Zukunft besonders gut gewappnet sind?

Zur Nedden: Erfreulicherweise gibt es dafür eine Reihe von Beispielen. Beeindruckt hat mich die Stadtteilschule in der Gartenstadt Drewitz in Potsdam. Diese Plattenbauschule wurde nicht nur saniert, sondern weiterentwickelt, mit einem transparenten Verbindungsbau. Dort ist heute auch die Volkshochschule ansässig, in der Quartiersaktivitäten stattfinden.

Foto: Difu

Prof. Martin zur Nedden

E&W: Nochmal zur aktuellen Lage: Viele Städte und Gemeinden stehen unter Handlungsdruck, weil die Einwohnerzahl zunimmt, auch durch geflüchtete Menschen. Die Stadt Köln beispielsweise hat angekündigt, dass sie in den kommenden Jahren mehr als 40 zusätzliche Schulen bauen muss. Welche Gefahren drohen?

Zur Nedden: Der Zeitdruck in vielen Kommunen erschwert die notwendige hochwertige, innovative Planung. Wir laufen Gefahr, Schulen von gestern für die Bildung von morgen zu bauen. Das sollten wir vermeiden.

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Info zur Initiative „Bildung, weiter denken!“:
Das Thema „Gebäude von Bildungseinrichtungen“ steht im Mittelpunkt des Aktionszeitraums vom 4. bis zum 22. Juni, den die GEW im Rahmen der Initiative ausgerufen hat.
Mehr unter: www.gew.de/weiter-denken

Beamte, streikt!

(E&W 3/2018, Titel: „Tarifrunde Bund und Kommunen 2018 – Wir fordern 6 Prozent mehr Gehalt“)

Inzwischen bin ich zwar Rentner und kann für meine Vergütung nicht mehr streiken. Aber die noch Aktiven, die wieder streiken, die streiken in der Tarifrunde nicht für 6 Prozent mehr Gehalt der Beamten, sondern für 6 Prozent mehr Vergütung der Tarifbeschäftigten. Die Beamten müssen jetzt endlich mal selbst zu Potte kommen und selber für ihre Gehaltserhöhung streiken. Darf ich die Beachtung dieses Unterschieds nicht auch von meiner E&W-Redaktion erwarten?

Hansjürgen Otto, Oldenburg

Erfreulich kritisch

(E&W 3/2018, Seite 23 f.: „Gesamtpaket ist entscheidend“, und Seite 25: „Big Data in der Bildung“)

Zwei erfreulich kritische und dabei unprätentiös differenzierte Artikel! Was ich mir, nicht nur von deren Autorinnen, sondern von „meiner“ Bildungsgewerkschaft insgesamt allerdings noch viel deutlicher gewünscht hätte, dass immer wieder – bis zur Penetranz – in allen Stellungnahmen explizit formuliert und darauf hingewiesen wird: Eigentlich müssten Bildungsstudien der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) von Gewerkschaften schlichtweg boykottiert, dann vielleicht ganz einfach auch ignoriert werden. Denn in deren Namen kommt ja nur „Economic“ vor, das „C“ steht ja nicht für „Cultural“. Wenn dies nicht möglich ist, sollte immer dazugesagt werden: Die OECD würde ihren Job schlecht machen, wenn nicht die ökonomische Verwertbarkeit der Schülerinnen und Schüler oder zumindest ihrer Ausbildung ganz eindeutig, wenn nicht sogar ausschließlich, im Mittelpunkt stehen würde!

Und bei allem, was derzeit im Bereich der Medienbildung diskutiert wird, ist es zumindest dort, wo es dafür dann auch Ressourcen gibt bzw. geben soll, überhaupt nicht anders. Dazu wären noch viel deutlichere Stellungnahmen und Handlungen der Gewerkschaften dringender erforderlich denn je!

Martin Schanz, Pforzheim

Erschreckende Argumente

(E&W 3/2018, Seite 26 f.: „Geschichte einer Zumutung“)

Natürlich ist richtig, dass Frauen eine selbstbestimmte Entscheidung treffen sollen, und selbstverständlich müssen sie dazu über umfassende Informationen zum Für und Wider eines Schwangerschaftsabbruchs verfügen. Die Argumente der GEW erwecken aber den Eindruck, dass umfassende Information nur über die abtreibenden Ärzte gelingen kann, weshalb zumindest Paragraf 219a geändert werden müsse.

Diese Argumentation finde ich sehr befremdlich. Im Gegenteil gibt es doch sehr viele seriöse Informationsmöglichkeiten. Nahezu jeder hat einen Internetzugang; sucht man „Schwangerschaftsabbruch“, erhält man sehr viele Links zu ausführlichen Informationen, unter anderem auf den Seiten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, von Pro Familia, dem Bundesfamilienministerium und in Nachrichtenmagazinen. Die meisten Frauen gehen regelmäßig zum Frauenarzt und können diesen sicher auch zum Thema befragen. Zudem gibt es staatlich anerkannte Beratungsstellen, die dazu dienen, Schwangeren eben diese umfassenden Informationen zu geben, um ihnen eine gute Entscheidung zu ermöglichen.

Regelrecht bestürzend finde ich die Aussagen von GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow, dass die Informationen durch die Beraterinnen „das Gegenteil einer eigenständigen Entscheidung“ seien, die Frauen manchmal einer „nicht so wohlwollenden“ Beraterin gegenübersitzen würden und von „deren Informationen abhängig“ seien. Da wird den Beratungsstellen ja eine ziemlich frauenfeindliche Gesinnung und Ausübung von Druck auf die Beratungssuchenden unterstellt.

Man kann sich natürlich darüber streiten, ob es nicht doch sinnvoll ist, den Paragrafen 219a dahingehend zu ändern, dass Ärzten das Darstellen sachlicher Informationen zum Schwangerschaftsabbruch erlaubt wird, um Rechtssicherheit zu schaffen. Zumindest wäre es sinnvoll, wenn man leicht in Erfahrung bringen könnte, ob ein Frauenarzt den Eingriff vornimmt oder nicht. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Entscheidung für einen Abbruch gedankenlos möglich wird.

Eva Schumann, Steinheim an der Murr

Recht des Ungeborenen

Wenn GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow sagt, dass die Würde der Frau unantastbar ist, kann diesem Satz sicher jeder zustimmen. Doch wenn wir den ersten Artikel des Grundgesetzes ernst nehmen, laut dem nicht nur die Würde der Frau, sondern die des Menschen unantastbar ist, erscheint die Frage des Schwangerschaftsabbruchs in einem anderen Licht. Für mich berühren sich bei dem Thema das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben. Dies ist und bleibt das zentrale Dilemma und der Zwiespalt, in dem jeder steckt, der sich mit dem Thema freiwillig oder gezwungenermaßen auseinandersetzt.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist nun einmal kein medizinischer Eingriff wie jeder andere, und die psychischen Folgen dieser Lebensentscheidung können für betroffene Frauen und Männer sehr belastend sein. Deshalb finde ich die Hürden, die der Gesetzgeber in Paragraf 218a vor diesen Eingriff gestellt hat, nämlich eine Pflicht zur Beratung und eine dreitägige Bedenkzeit bei gleichzeitiger Einhaltung einer Zwölf-Wochen-Frist, angemessen und keine Zumutung. Der in den 1970er-Jahren mühsam gefundene Formelkompromiss „Abtreibung ist nicht legal, aber in Ausnahmefällen straffrei“ sollte nicht einfach aufgegeben werden. Gesetze prägen das moralische Empfinden in der Bevölkerung, und eine komplette Freigabe des Schwangerschaftsabbruches durch eine Fristenlösung – wie von der GEW gefordert – würde eine Normalität dieses Eingriffes vorgaukeln, die nicht gegeben ist. Was das Recht der betroffenen Frauen auf Information betrifft, gibt es eben auch bisher

schon die Möglichkeit – wie im Artikel erwähnt –, sich beraten zu lassen und die Namen entsprechender Ärzte zu erfahren, so dass es sich hier nur um eine kleine Einschränkung handelt. Auch jeder Arzt wird in Paragraf 218c, Absatz 2, geradezu verpflichtet, die Frau über „Ablauf, Folgen, Risiken, mögliche physische und psychische Auswirkungen ärztlich“ zu beraten. Gibt es also ein Recht auf Information im Internet? Ich möchte nicht ausschließen, dass in Zukunft eine Lösung gefunden werden kann, die einerseits neutrale Information zulässt und die Ärztin Kristina Hänel nicht kriminalisieren würde, andererseits aber auch den Schutz des ungeborenen Lebens nicht aus den Augen verliert.

Hermann Bizer, Reutlingen

Front nicht spalten!

(E&W 3/2018, Seite 45, Leserforum zu „JA13“)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Redaktion, ist es zielführend, zur Kampagne „A13 für alle“ Leserbriefe zu veröffentlichen, die die Front spalten, anstatt sie zu stärken? Ist es redlich, wissenschaftlich erhobene Kenntnisse über die unterschiedlichen Arbeitszeiten unterschiedlicher Schulformen totzuschweigen?

Heiner Zok, Schiffdorf

„Gaga“-Wettbewerbe

(E&W 3/2018, Seite 46, Leserforum: „Ungerechte Bewertung“)

Gegen Angriffe verteidigt ein Kollege den Deutschen Schulpreis unter anderem mit der Begründung: „Auszeichnungen wie der Deutsche Schulpreis machen sie (vermutlich die Siegerschulen) weitgehend unangreifbar und geben ihnen die Chance, ungestört weiter an ihrer Qualität zu arbeiten.“ Diese Perspektive kannte ich noch nicht. Man wüsste gerne genauer, wer da angreift und wen hindert, an der Qualität zu arbeiten.

Bei diesen Wettbewerben geht es darum, die beste deutsche Schule oder die beste deutsche Lehrkraft zu finden. Das ist natürlich ein bisschen gaga, aber vielleicht auch die Antwort auf die Herausforderungen der Mediengesellschaft. Abgesehen davon hat es noch nie geschadet, über gute Beispiele zu berichten. In Begründungen heißt es manchmal, abstrakt formuliert, trotz mieser Bedingungen sei es einer Schule gelungen, mit ihrem herausragenden Konzept erfolgreich zu arbeiten. Und dann wird so getan, als wenn das alle könnten. Die herausragenden pädagogischen Persönlichkeiten, die guten Beziehungen im Kollegium, die guten Beziehungen zu außerschulischen Institutionen sind aber fast nirgends sonst gegeben. Wenn sich im System etwas ändern soll, dann gehören andere Dinge in den Fokus der Öffentlichkeit. Wenn die Kollegien wenigstens einiger Schulen sich einigten, öffentlich zu machen, was im unterfinanzierten deutschen Schulsystem manchmal Realität ist, Schulleitungen nicht die Lage an ihrer Schule schönredeten und Regierungspräsidentinnen nicht glaubten, eine Schule sei gut, weil kein Müll herumliegt, dann gäbe es die Chance auf angemessene Veränderungen.

Peter Ueding, Leopoldshöhe

Streik noch zeitgemäß?

(E&W 3/ und 4/2018 zur Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen)

Für mich als gelernten DDR-Bürger war Streik etwas Besonderes. Ein Streik richtet sich gegen Betriebe. Einfach, weil da jemand Geld für sich behält. Der Gewinn wird nicht aufgeteilt, oder Menschen arbeiten unter unwürdigen Bedingungen.

Nun hatte damals nicht jeder etwas gegen die Betriebe. Warum sollte ein Betrieb bestreikt werden, wenn es sowieso Engpässe gibt? Somit schien es einfach logisch, eine andere Form des Protestes zu finden. Die politische Demonstration.

Meinen ersten Streik in der vergrößerten Bundesrepublik im öffentlichen Dienst empfand ich als etwas Besonderes. Der Streik hatte ein anderes Gesicht. Es gibt Menschen, die sich freuen. Klar, die streikenden Menschen kommen in den Genuss der Sonne und des Regens. Einfach mal wieder in der frischen Luft unterwegs sein. Im Gespräch sein mit bekannten und unbekannten Menschen. Erfahrungen austauschen.

Später traf ich leitende Menschen, welche sich über den Streik freuten. Wieso? Die Einrichtung spart an den Streiktagen Personalkosten. Diese können doch nun für andere Dinge ausgegeben werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit für nichtstreikende Mitmenschen, Überstunden abzubauen, denn die Einrichtung ist geschlossen. Dies entspannt wieder die Personalsituation in der Zeit nach dem Streik: ein echter Beitrag im Rahmen der innerbetrieblichen Gesundheitsförderung.

Das Allerbeste: Dauert der Streik etwas länger, sind die Eltern sauer auf die aktiv Streikenden.

Für mich scheint die Zeit reif zu sein für eine Erneuerung unserer Streit- und Verhandlungskultur. Zumindest las ich in den Streikforderungen 2018 nicht die Dinge, die mich und andere mitarbeitende Menschen bewegen:

- Keine Ausgrenzung von Menschen wegen ihres Geschlechts
- Erfüllung der EU-Forderung einer 20-prozentigen Männerquote
- Betriebliche Gesundheitsförderung vor Ort
- Keine Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten
- Schluss mit der Konkurrenz durch Honorarkräfte
- Einbeziehung der fachlichen Ressourcen der beschäftigten Menschen
- Geklärte Nähe und Distanz im beruflichen Kontext

Jörg Pöse, Niedernhausen

Falsch berechnet

(E&W 4/2018, Seite 4: „Frauen verdienen weniger“)

Der 18. März als Equal Pay Day (EPD) ist falsch berechnet – seit Jahren. Es sind 2017/18 nicht 77 Tage, die Frauen durchschnittlich im Vergleich zu Männern länger arbeiten, sondern 97 Tage! Der richtige EPD wäre also der 7. April gewesen. Das Netzwerk Business and Professional Women und unter anderem das Bundes-

ministerium für Frauen hatten für 2013 die Kampagne begonnen und die falsche Rechnung in Umlauf gebracht.
Ich hatte die Berliner GEW aufgefordert, sich auf die Höhe korrekter Prozentrechnung zu begeben. Eine ver.di-Funktionärin in Berlin und eine Frauenbeauftragte zeigten sich immerhin einsichtig, wollten aber nicht aktiv werden.
Man mag sich über die EPD-Kampagne freuen, aber muss man in Kauf nehmen, dass Frauen um 20 Tage betrogen werden? Sollten jemals Kompensationen für den Gender Pay Gap möglich werden, können bei deren Verhandlung Frauen den beteiligten Frauenorganisationen und Gewerkschaften – darunter die von Lehrkräften – nur misstrauen.
Klaus-Jürgen Hügel, Kehl

Das wirkliche Elend

(E&W 4/2018, Seite 6 f.: „Geringer Stellenwert – zu wenig Geld“)

Toll, auch praktische Partizipation gehört also zu politischer Bildung. Nur schade, dass sie im Normalfall bestenfalls Sandkastenspiel ist. Deshalb bleibt sie auch hier Randthema. Im Zentrum steht typisch deutsche Erbsenzählerei. Man jongliert mit Prozentsätzen von entsprechendem Fachunterricht. Ja, Bildung in Deutschland ist immer schön einsortiert in bestimmte Fachgrenzen und -qualifikationen. Das Elend ist doch nicht primär der Mangel an „Fachpersonal“ für politische Bildung. Das Elend ist, dass die Ausbildung von Lehrkräften nicht in der Lage ist, Unterrichtspersonal grundsätzlich zu politisch, gesellschaftlich kompetenten Wesen zu qualifizieren. Zum 50. „Jahrestag von 68“ hat man vollständig verdrängt, dass das einmal ein zentrales Ziel war.
Nein, politische Bildung lässt sich nicht in ein Fach sperren. Sie funktioniert nur, wenn sie quer durch alle Fächer Unterrichtsprinzip ist. Das verlangt unter anderem, Unterrichtsthemen immer in einen geschichtlich-gesellschaftlichen Rahmen zu stellen. Ich habe das z. B. bei Themen wie Entwicklung unserer Sprache, Zwei- und Mehrsprachigkeit oder auch Informationsbeschaffung und -verarbeitung immer getan. Meist als Einzelkämpfer.
Entscheidend ist aber auch, dass politische Bildung in einer so entpolitisierten Gesellschaft leider ein Widerspruch in sich ist. In einer Gesellschaft, in der der Einzelne, wenn überhaupt, nur als Objekt einer wirtschaftlichen Verwertungskette wahrgenommen wird, kann man kaum das Bewusstsein wecken, dass er auch so etwas wie ein politisch, gesellschaftlich handelndes Subjekt ist. In einem Bildungswesen, dessen Hauptziel das Heranzüchten von Humankapital ist, bleibt Mündigkeit auf der Strecke. In einer Gesellschaft, in der Politik gnadenlos personalisiert wird, erweist es sich als überflüssig, ja schädlich, den Einzelnen politisch-gesellschaftlich „sachkundig“ zu machen. Da helfen auch ein paar Prozentpunkte „Fachunterricht“ nicht weiter.
Fritz Köbler, Höchstadt/Aisch

„Grundlagen verloren“

(E&W 4/2018, Seite 6 ff.: „Schwerpunkt Politische Bildung“)

Gegen die Ohnmacht der Politik im globalen Finanzkapitalismus hat auch die politische Bildung ihre zentralen Gegenstände und Grundlagen verloren. Politische Bildung steht und fällt mit dem Primat der Politik. Solange diese nicht verkünden kann, dass global mehr Waffen und Schulden, Gifte und Drogen hergestellt und verteilt werden als die Mittel zum Leben, die alle Menschen in gleicher Weise brauchen, solange kann sie den Jugendlichen keine Perspektive versprechen, die auch die politische Bildung beanspruchen muss.
Hagen Weiler, Göttingen

Kritisch auseinandersetzen

(E&W 4/2018, Seite 41 f.: „Geschichte und Bewertung“)

Es ist an der Zeit, dass die Bildungsgewerkschaft sich mit ihrer eigenen Vergangenheit und der ihrer Vorläuferorganisationen kritisch auseinandersetzt. Diese Initiative begrüße ich ausdrücklich. Es gibt noch viele „erinnerungspolitische Konfliktfelder“ mit Blick auf die Namensgeber für Straßen, Plätze – und Schulen. Gerade bei Schulen sollte ein besonders hoher Anspruch an die Person gestellt werden. Der Namensgeber, die Namensgeberin sollte Vorbild für die Jugend sein. Eine erinnerungspolitische Auseinandersetzung sollte dringend in Schulen stattfinden, deren Namensgeber Ferdinand Porsche ist. Diese kritische Auseinandersetzung schriftlich zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist die Grundlage einer intensiven Auseinandersetzung und eines kritischen Hinterfragens. Zu welchem Ergebnis die Schulgemeinde und die Kommune kommen, werden die schulischen und politischen Gremien demokratisch entscheiden. Wenn sich an unseren Schulen Demokratieerziehung wie ein roter Faden durch alle Fächer ziehen muss, sollte der Name der Schule auch für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stehen.
Annemarie Raab, Stuttgart

„Unerträglich“

Ein interessanter Beitrag, dessen Inhalt mich seit einigen Jahren beschäftigt und jetzt Hoffnung gibt. Die bisherige Praxis einer Erinnerungskultur ist lange überholt. Während wiederkehrende Opfergedenktage gefeiert oder Stolpersteine gespendet werden, tragen Straßen und Bildungseinrichtungen in ungestörter Ruhe Namen von Nazi-Größen.
Beispielhaft geht es um den Namen des Nazi-Generalarztes Ernst Ferdinand Sauerbruch, der z. B. als medizinischer Gutachter Menschenversuche im KZ befürwortete, sie bis zuletzt finanzieren ließ und dessen Gehilfe unter anderem SS-Hauptsturmführer Josef Mengele war.
Selbst die Wissenschaft schmückt sich ungestört noch mit Rochlingia hitleri (fossiles Fluginsekt, nach Hitler benannt – d. Red.) und Anophthalmus hitleri (der sogenannte „Hitlerkäfer“– d. Red.). Bei Kritik wird nicht selten behauptet, dass „formaljuristisch“ alles korrekt wäre. Fragen der Moral hätten leider keine „Normvorgaben“, wird gehöhnt. Feigheit oder Nibelungentreue? Das ist unerträglich und einer deutschen Erinnerungskultur nicht würdig!
Nun habe ich die Vorstellung, dass dazu eine öffentliche Aussprache ausgelöst wird und als Ergebnis endlich eine Leitlinie für alle Bundesländer entsteht. Die Initiative der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sollte verallgemeinert werden. Die NS-Opfer haben eine – wenn auch späte – würdige Ehrung verdient, die

„Nachgeborenen“ Anspruch auf eine ehrliche Nennung der Täter.

Bernd Graupner, Pritzwalk

„Zermürbungswettbewerb“

(E&W 4/2018, Seite 28 f.: „Referendariat muss familienfreundlicher werden“)

Der Artikel hat mich sehr berührt. Er erinnert mich an meine eigene Zeit als Referendar. Schon damals beschwerten sich Singles über die Behandlung in der Lehrerausbildung. Umso mehr ist es nachvollziehbar, wie es jungen Familien ergehen muss. Heute bekomme ich mit, wie auch sogenannte Direkteinsteiger an Berufsschulen leiden müssen und auch noch finanziell schlecht dastehen. Ich finde es vor dem Hintergrund der allgemeinen Situation am Arbeitsmarkt beschämend, wie sich gerade die Bundesländer im Bereich der öffentlichen Schulen verhalten. Offenbar ist alles dem viel zitierten Sparzwang geschuldet – genau in dem Bereich, von dem es immer heißt, dass dort nicht gespart werden dürfe. Die Ausbildung erscheint wie ein Zermürbungswettbewerb, die Bewerber mit der größten Stressresistenz setzen sich durch. Das mag ja auch für den Lehrerberuf seine Berechtigung haben, ist aber gerade in dem Bereich, in dem Empathie und auch Sensibilität für nichtökonomische Aspekte des Menschseins eine überaus große Rolle spielen, nicht alleine maßgebend. Selbst der große Anspruch, die Schüler stehen im Mittelpunkt und an vorderster Stelle, wird in der Ausbildungszeit oft ad absurdum geführt. Solche Berichte machen mich ratlos und ich wünsche allen Aktiven der GEW viel Kraft und Ausdauer, um gegen diese gravierenden Missstände erfolgreich vorzugehen.

Achim Maser, Heilbronn

Bildung in Argentinien bedroht

(E&W 5/2018, Seite 6 ff.: „Sie werden uns nicht brechen“)

Vielen Dank für den Bericht über die Lage der Lehrkräfte und ihrer Gewerkschaften in Argentinien, der eindringlich schildert, wie schlecht es derzeit um die Bildung und vor allem die Bezahlung der Lehrkräfte bestellt ist. Noch schlimmer, dass die führenden Gewerkschafter massiv bedroht werden. Dennoch lassen sich die Menschen nicht einschüchtern und gehen mutig für ihre Rechte und eine gerechte Bezahlung auf die Straße.

Im vergangenen November habe ich den Nordwesten Argentiniens bereist und bin in der Fußgängerzone im wunderbaren Weinort Mendoza auf einen gut besuchten Infostand der Bildungsgewerkschaft SUTE (Sindicato Unido de Trabajadores de la Educacion) getroffen. Beeindruckend die Darstellung der Situation der Bedrohungen der Bildung von Staats wegen. Mitte März 2018 gab es ja dann im Land eine massive Streik- und Protestwelle gegen die Sparpolitik der neoliberalen Regierung Macri, bei der auch die SUTE in Mendoza beteiligt war. Während einer Pressekonferenz der Mendoza Post am 16. März rief der örtliche Gewerkschaftssekretär den Bildungsnotstand aus, wies auf die fehlenden Ressourcen hin, für die die Haushaltsrestriktionen die Ursache sind. Er kritisierte für die Region Gran Mendoza, dass über 80.000 junge Leute, die älter als 20 Jahre sind, keinen Sekundarabschluss hätten, von den 15- bis 19-Jährigen 25.000 ohne Primarabschluss seien. Außerdem seien die Klassenfrequenzen und -teiler zu hoch.

Man kann Argentinien nur wünschen, dass seine Regierung den Wert der Bildung endlich anerkennt und das Bildungswesen nicht weiter verkommen lässt.

Peter Koch, Kieselbronn

Nicht „kompatibel“

(E&W 4/2018, Seite 22 f.: „Im Verschleißmodus“, sowie Seite 34 f.: „Mit Autismus in der Regelschule“)

Es ist nicht das erste Mal, dass zwei Beiträge in einer Ausgabe der E&W nicht so recht „kompatibel“ scheinen. Im Heft 4/2018 geht der eine Beitrag mit der Dokumentationspflicht für Bremer Grundschullehrkräfte ins Gericht. Was von der Behörde verlangt wird, ist an sich ja begrüßenswert. Das „angemessene erzieherische Verhalten“ der Lehrkräfte soll dokumentiert werden, wie das etwa in der Medizin auf einer Station im Krankenhaus auch der Fall ist. Gerade bei der enormen Bandbreite an Förderbedarfen und individuellen Entwicklungsprozessen ist die Sinnfälligkeit nicht von der Hand zu weisen. Natürlich müssen den Lehrkräften dafür entsprechende Sekretariatskräfte zur Seite gestellt werden, etwa in einem Verhältnis von 5 zu 1. Solange das aber nicht der Fall ist bzw. an Klassengrößen und Lehrkraftzuweisungen nichts geändert ist, dürfte eine so konzipierte Dokumentationspflicht als gezieltes Mittel zur Behinderung der eigentlichen pädagogischen Arbeit – durch Ausmüdung der Lehrkräfte – zu bewerten sein.

Der andere Beitrag befasst sich mit Inklusion. Es wird nicht geklagt, sondern ein positives Beispiel für Gelingen präsentiert. Unter anderem wird für ein autistisches Mädchen eine Hängematte im Klassenraum installiert, womit sich der Horror in einer ungewohnten Umgebung minimierte. Man stelle sich das in der normalerweise anzutreffenden Regelschule vor! Vor dem Hintergrund der alltäglichen Bemühungen rund um die übliche „normale“ Spreizung der Leistungen bezüglich einheitlicher Klassenziele ist leicht erkennbar, dass bereits der bestehende Alltag mit der ressourcenlosen „gerichtsfesten“ Buchhaltung nicht kompatibel ist, schon gar nicht Inklusion. Hinzu käme eine enorme Verstärkung des Überwachungsdrucks auf Schülerinnen und Schüler, eventuell bis hin zu Panikattacken bei Eltern und Lehrkräften, wenn einmal nicht alles optimal läuft. Ich frage mich, wenn schon Dokumentationspflicht, warum sie nicht auch für die oberen Chargen der Schulaufsicht eingeführt werden müsste. Womit verbringen die eigentlich ihre kostenintensive Dienstzeit?

Ulrich Hain, Gießen

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

DAS RÜCKEN-HAUS NEURO-HAUS
Neuro-Bewegung im Wochenend-Kurs
Neuro-aktive Bewegung in Eigenregie selbst anwenden.
Rücken HochStress MS Diabetes ALS u.a.
www.neurohaus.de

Haus (Toskana) zum Kauf
Charmantes Natursteinhaus, ca. 50m² Wfl., 3 ZKB, mit Garten, Nähe Saturnia, von privat, 70.000 € VHB
Kontakt: **toskanahaus@gmx.de**

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Südl. Piemont/Seealpen/Langhe
Mit dem Auto ab Basel ca. 5 Stunden.
Aus Altersgründen geben wir unser langjähriges Feriendomizil auf:
VB 65.000 €
Interesse? j.rosche@gmx.net

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

PALMA DE MALLORCA
29.09. – 05.10. oder **06.10. – 12.10.2018**
„Schritt für Schritt zur Achtsamkeit"
www.Astrid-Kiehl.de Telefon: 0431 93366

Hagemann seit 1929
Wir schenken Ihnen 10,– €*
0211 179270-60
FORSCHER WERKSTATT
Lebende Tiere beobachten!
Schmetterlings-Zuchtset, kompakt
Art.-Nr. 80008
29,95 €
Hagemann Stabile Seifenblasen
Art.-Nr. 80765
3,75 €
500 AHA-Effekt-Produkte
www.hagemann.de
Hagemann Handy-Mikroskop
Art.-Nr. 81176
14,90 €
10,– € GUTSCHEIN*
Zuchtset Marienkäfer
Art.-Nr. 80041
29,95 €
Solar-Fotopapier (40 Blatt)
Art.-Nr. 80064
29,90 €
* Code: EW1804
gültig bis 30.06.2018
Mindestbestellwert 30,– €
Diese Zuchtsets kommen zu Ihrem Wunschtermin!
März bis Oktober, mind. 2 Wochen Vorlaufzeit

SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE
1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 385,-
KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, Frei- u. Hallenbäder, **Badesee**, gef. Wanderungen, MTB Verleih, Wellness. Kinderermäß., Wander- u. Kinderprogramm vom TVB
Alles neu ab Sommer 2018!
POST HOTEL ★★★
Fam. A. Handle
A-6553 See, Au 164
Tel. +43-5441-8219
www.postsee.at
info@postsee.at
ischgl

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS
www.stockmann-verlag.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
Besuchen Sie unseren Shop: www.timetex.de

TimeTEX-Schulplaner 2018/2019
ab 5,95 €
Für jeden der passende dabei! **Sofort lieferbar!**
Trolleys, Taschen, Rucksäcke
Bester Preis, beste Qualität
ab 49,90 €

• verschiedene Materialien
• hochwertig verarbeitet
• große Auswahl
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER
Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.
NEU
• Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
• sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
• Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...
Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diesmal

JENS-MALTE H., KLASSE 7b, DEUTSCH, NEUE DEUTSCHE LYRIK

Cartoon: Thomas Plaßmann